

Volksmacht

für Schlessien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Sturstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-Wilhelm-Str. 105, Matthäusstraße 155, sowie durch alle Auktoren zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Besuchs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Sturstraße 4/6 oder in den Zweigstellen) abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Deutsch-französische Zusammenarbeit

Sauerwein über ihre Möglichkeiten

Paris, 7. Juli.

Der Außenpolitiker des „Matin“, Sauerwein, den seine Enquete über die Aufnahme des britischen Memorandums über die föderative Gestaltung Europas nach Mitteleuropa und nach Skandinavien geführt hatte, kommt heute zu dem Ergebnis, daß nur durch eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland dieser Plan realisierbar sei und daß er realisiert werden müsse, welche Hindernisse sich ihm auch jetzt noch entgegenstellen mögen. Er habe während seines Aufenthaltes in Deutschland festgestellt, daß nirgendwo ein feierlicher Gedanke gehegt werde, freilich hoffen gewisse Leute auf Rußland oder Italien. Auch das könne sich nicht erfüllen, im Gegenteil, die Fortsetzung der Politik Stresemanns bedeute die Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich, d. h. mit dem Staat, der gegenwärtig der einzige sei, der Deutschland finanziell helfen könne, wie das auch die deutsche Industrie und deutschen Landwirte ganz genau wüßten.

Der einzige Staat, der Deutschland helfen könne, eine bessere Regelung der Reparationen durch ein freundschaftliches Abkommen mit Amerika zu erlangen; der einzige Staat auch, der die Rückkehr zu einem vernünftig aufgefaßten und eines großen Landes würdigen Militärstatus ermöglichen könne; der einzige, der ihm in den Grenzen des Möglichen die Kontinuität seiner Verbindungswege mit Ostpreußen wieder verschaffen könne. Deshalb glaube er, Sauerwein, daß Deutschland trotz aller Zwischenschläge und Aufreizungen an Frankreichs Seite stehen werde, um Europa neu zu schaffen. Augenblicklich gebe es in Deutschland 2 000 000 Arbeitslose. Das seien keine chronischen und deprimierten Arbeitslosen, wie in England, sondern arbeitswillige Menschen, die wirklich unter ihrer Untätigkeit und ihrer Notlage litten. Wenn die Absatzmärkte und die Aussichten für die Zukunft sich bessern würden, werde seiner Ansicht nach der gesunde Menschenverstand in Deutschland den Sieg davontragen.

Art läßt nicht von Art

Von Wilhelm Reif.

Die Parteien der Rechtsregierung 1925, die das Aufwertungs-gesetz gegen die verarmten Spärer und Gläubiger zustande brachten, sind später bei den Wahlen von diesen innerlich konservativ eingestellten Schichten dafür geächtet worden. Besonders die Deutschnationalen haben für den Betrug, den sie an den Kleinrentnern verübten, die verdiente Strafe erhalten. Im Laufe der letzten Jahre verjagten nun die Deutschnationalen sich durch die Agitationsanträge und Verteilung von Brosamen an die enteigneten Opfer der Inflation deren Günst zurückzuerobern. Wie wenig Tatjahrenbereitschaft aber hinter dem Mitgefühl mit den verarmten Gläubigern, das sie zur Schau tragen, steht, zeigte sich im Verlauf der letzten Woche im Rechtsaus-schluß des Reichstags, bei Beratung des Aufwertungs-schlussegesetzes. Die Deutschnationalen haben sich 1925 als die Partei der Inflationsgewinner erwiesen, und sie sind sich seitdem treu geblieben.

Der erwähnte Gejehentwurf soll dazu dienen, den Störungen auf dem Realcreditmarkt vorzubeugen, die sich ergeben würden, wenn die bis zum 1. Januar 1932 gesetzlich gestundeten, aufgewerteten Hypotheken im Gesamtbetrag von 6 bis 8 Milliarden Mark mit einem Schlag fällig würden. Vermeiden bzw. einschränken lassen sich diese Gefahren nur, wenn man den Zins für die aufgewerteten Hypotheken, der heute gesetzlich auf 5 Prozent beschränkt ist, den Zinsfuß des Kapitalmarktes annähert. In diesem Falle werden die Gläubiger den geretteten Rest ihrer alten Forderungen nicht kündigen, sofern sie nicht unbedingt Bargeld brauchen.

Der Gejehentwurf ermächtigt deshalb die Reichsregierung zur Festsetzung eines über 5 Prozent hinausgehenden Zinses und läßt unter gewissen Voraussetzungen auf Antrag des Schuldners die Gewährung einer Zahlungsfrist außerordentlich bis 1. Januar 1935 durch die Aufwertungsstelle zu, wenn damit nicht eine unbillige Härte für den Gläubiger verbunden ist. Dieser Grundgedanke des Entwurfs wurde von allen Parteien gutgeheißen. Während aber die Sozialdemokratie gemäß ihrer zur Aufwertungsfrage immer eingenommenen Haltung bestritt war, die Einzelbestimmungen zugunsten der verarmten Gläubiger zu verbessern, ergriffen die Deutschnationalen, fast immer von der Wirtschaftspartei, des öfteren auch vom Zentrum unterstützt, in alle Streitfragen die Partei des bereicherten Schuldners.

Der Entwurf schlägt vor, neben der Hypothek auch die persönliche Forderung, die den Realcredit nicht berührt, künftig dem gesetzlichen Zinsfuß und den Modalitäten der Zahlungsfrist zu unterwerfen. Die Sozialdemokratie beantragte, die persönliche Forderung, soweit sie die Hypothek übersteigt, freizugeben, d. h. dem Gläubiger die unbeschränkte Kündigung zu gestatten. Die bürgerlichen Parteien, geführt von den Deutschnationalen, lehnten den Antrag ab.

Weiter wollte der Entwurf den zu erhöhenden Zinsfuß den Tilgungshypotheken ebenso zugute kommen lassen, wie den Kündigungshypotheken. Die Deutschnationalen bekämpften die Einbeziehung der Tilgungshypotheken mit aller Schärfe, und sie würden, da das Zentrum und Wirtschaftspartei an ihre Seiten traten, erfolgreich gewesen sein, wenn nicht die Sozialdemokratie den Antrag gestellt hätte, bis zum Jahre 1935 den Zinsfuß der Tilgungshypotheken mit einem Zuschlag zu belegen, und für die weitere Zukunft die Bemessung des Zinsfußes der Regierung zu überlassen.

Die Zahlungsfrist soll dem Schuldner nach dem Entwurf nur einmal gewährt werden. Die Deutschnationalen und Wirtschaftsparteiler wollten, wenn die Zahlungsfrist vor dem 31. Dezember 1934 abläuft, einen erneuten Antrag zulassen. Mit den Stimmen der Sozialdemokratie wurde dies Verlangen abgelehnt.

Eine erhebliche Verbesserung erfuhr die Vorlage durch Mitwirkung der Sozialdemokratie gegen den Willen der Deutschnationalen, indem die Bestimmung gestrichen wurde, daß bei Prüfung der Frage, ob die beantragte Zahlungsfrist für den Gläubiger eine unbillige Härte bedeutet, die Verhältnisse des Schuldners zu berücksichtigen seien. Die Aufwertungsstelle hat nach dem Beschluß des Ausschusses nur zu prüfen, ob der Schuldner die zur Rückzahlung des Aufwertungsbeitrags nötigen Mittel besitzt, oder sich zu Bedingungen verschaffen kann, die ihm billigerweise zugemutet werden können. Ist das der Fall, so hat sie die beantragte Zahlungsfrist abzuwehren.

In der Minderheit blieb die Sozialdemokratie mit dem Antrag, daß die Zahlungsfrist auch abzulehnen ist, wenn parausgesehen ist, daß der Schuldner auch nach Ablauf der Frist zur Befriedigung des Gläubigers nicht imstande ist. Nach dem Entwurf sollte die Aufwertungsstelle sogar dem Gläubiger unter Umständen die Kosten auferlegen können, die durch einen Antrag des Gläubigers auf Gewährung einer Zahlungsfrist entstehen. Diese Bestimmung wurde von der

Schwere Arbeit

Brüning sucht eine Mehrheit

Die „Deutsche Tageszeitung“ fürchtet für die „großen Pläne“ der Regierung

Die Regierung Brüning ist wieder auf der Suche nach einer Mehrheit für ihre Finanzgesetze. Sie arbeitet diesmal nicht mit einem offenen „Suntkim“ — dafür bemüht sich der agrarische Flügel der Deutschnationalen, der deutschnationalen Reichstagsfraktion klar zu machen, daß zwischen der Osthilfe und den Deckungsgesetzen innere unlösliche Zusammenhänge bestehen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ setzt sich dafür ein, daß die Deutschnationalen dem Kabinett Brüning die nötige Mehrheit für die Deckungsgesetze geben. Sie schreibt:

„Geht man dagegen den anderen Weg, bindet man dem Kabinett aus Abneigung gegen die Steuergesetze die Lebensader ab, dann schlägt man damit alles kaputt, was an großen Entwürfen und Plänen vorgezogen und zum Teil bereits ins Werk gesetzt ist. Im Eifer gegen einzelne Unzulänglichkeiten der Regierung vergißt man nämlich gar zu leicht die eigentlichen Aufgaben, die diesem Zeitpunkt vom Reichspräsidenten wirtschaftlicher und politischer Hinsicht gestellt waren. In Ver-

bindung damit, und zwar in unlösbarer Verbindung, steht das Osthilfegesetz, ohne dessen restlose Durchführung der größte Teil des landwirtschaftlichen Berufsstandes verloren ist. Voraussetzung für die Durchführung dieser beiden großen Gesetze bleibt aber immer die Möglichkeit eines Arbeitens auf lange Sicht, die Stetigkeit des Regierungskurses. Macht man nun dem gegenwärtigen Kabinett, das bisher durchaus den besten Willen demiesen hat, der Landwirtschaft mit allen Kräften zu helfen, das Leben unmöglich, dann gleitet die Staatsführung mit Naturnotwendigkeit in die Hände der Linken, und was dann aus den Gesetzen wird, darüber braucht man wohl sich nicht weiter den Kopf zu zerbrechen.“

Das Spiel, das bei der Verabschiedung der ersten Deckungsgesetze des Kabinetts Brüning bei den Deutschnationalen getrieben wurde, wiederholt sich jetzt. Die Deutschnationalen sind keineswegs geschlossen — trotz dem Beschlusse ihrer Fraktion. Der Kampf Brünings um die Mehrheit beginnt wieder mit Auseinandersetzungen bei den Deutschnationalen.

Deutscher Beamtenbund gegen Staatsregierung

Er ruft die Reichsregierung gegen Preußen zu Hilfe Die Stellung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes

Der Deutsche Beamtenbund hält es für angebracht, der preußischen Regierung bei ihrem Kampf gegen das Verbot der Nationalsozialisten in den Rücken zu fallen. Eine Zeitschrift veröffentlicht eine Darlegung, in der die preußische Verordnung als verfassungswidrig bezeichnet wird, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, die angeblich einträchtigsten staatsbürgerlichen Rechte der Beamten gegen Preußen sicherzustellen.

Wenn bisher noch irgendwelche Zweifel bestanden: Durch die Stellungnahme des „Deutschen Beamtenbundes“ in dieser Angelegenheit ergibt sich für jeden in dieser Organisation noch befindlichen Sozialdemokraten die zwingende Notwendigkeit, seine Mitgliedschaft dort zu beenden. Die Haltung des „Deutschen Beamtenbundes“ zur Verordnung der preußischen Staatsregierung gegen die Faschisten beweist zur Evidenz seinen reaktionären Charakter. Sozialisten haben dort nichts zu suchen.

Im Gegensatz zum Deutschen Beamtenbund begrüßt der Allgemeine Deutsche Beamtenbund den Erlaß des preußischen Staatsministeriums, wonach Beamte der Nationalsozialistischen und Kommunistischen Partei angehören dürfen. Wir glauben, so schreibt die ADBZ, das Organ des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, unsere Stellungnahme zu diesem Beschluß der preußischen Staatsregierung am besten mit den Worten Adolf Hitlers einleiten zu können: „Eine Einrichtung, die nicht mehr entschlossen ist, sich mit allen Waffen zu schlagen, gibt sich praktisch auf.“ Wir

nehmen an, daß diese Worte auch für den republikanischen Staat Geltung haben.“

Ein Führer der Thüringer Nationalsozialisten, Dr. Albrecht — so fährt die ADBZ. fort — habe es als Ziel seiner Partei hingestellt, „alle den nationalsozialistischen Bestrebungen ablehnend gegenüberstehenden Beamten rückwärtslos zu entfernen, möglichst ohne Pension“. Niemand werde also daran zweifeln, daß diese Partei, wenn sie die politische Macht erringt, schonungslos gegen die nicht mit ihr sympathisierende Beamtenchaft vorgeht. Beamte der Republik müßten die republikanische Staatsform bejahen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wer, wie die Nationalsozialisten und die Kommunisten, den Staat vernichten wolle, könne ihm nicht dienen wollen. Wer dennoch als Gegner des Staates in seinen Diensten verbleibe, sei unehrlich und solche innerlich unwahrhaftigen Menschen gehörten nicht in den Beamtenstand. Ein überzeugter Abstinenzler könne nicht Schnapsbrenner sein und ein Atheist, der Pfarrer bleibe, sei ein Heuchler. Wer die Republik hasse, könne ihr unmöglich mit gutem Gewissen dienen.

Marxler gegen Wirth

Weimar, 5. Juli. (Eigene Meldung.)

Wie wir hören, wird sich Staatsrat Marxler im Zusammenhang mit dem Schreiben des Reichsinnenministers an die Thüringische Regierung auf den Standpunkt stellen, daß er sich im nächsten Wahlkampf nicht als thüringischer Staatsrat, sondern als Landtagsabgeordneter betätigt hat und daß er für sich das Recht in Anspruch nehme, in der Deputiertenkammer als solcher zu sitzen, was er für richtig hält, auch ohne vorher das Kabinett darüber befragt zu haben.

Erwerbslosenfürsorge im sozialen Ausschuss

**Fast alle Verschlechterungen angenommen
Kommunisten bei der Abstimmung nicht vollzählig**

Der Soziale Ausschuss des Reichstages hat am Samstag die zur Vorberatung vorgeschlagenen Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge (Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge) heute nochmals ihre Erklärung, daß das Zentrum alle Bestimmungen in der ersten Lesung nur unter Vorbehalt annehme und daß es sich für die zweite Lesung eine veränderte Haltung vorbehalten müsse.

Der entscheidende Abbauparagraph 105a, wonach Erwerbslose mit weniger als 52 Wochen Beschäftigungszeit nur die Hälfte der Arbeitslosen erhalten sollen, wird mit 11 Stimmen angenommen. Wären die Kommunisten nicht anwesend gewesen, so wäre dieser Unterstützungsbau mit Stimmengleichheit abgelehnt worden.

Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Kürzung der Leistungen, die beide erwerbslos sind, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten in folgender Fassung angenommen:

„Trifft eine Hauptunterstützung der Lohnklasse VII bis XI mit einer Hauptunterstützung des Ehegatten zusammen und wird dazu kein Familienzuschlag gewährt, so mindert sich die Unterstützung, und zwar bei verschiedener Höhe der Unterstützungen, die niedrigere um die Hälfte.“

Die Verlängerung der Wartezeit für die Ledigen auf 14 Tage wird gegen die Mehrheit bei Stimmenthaltung von Frau Abg. Teusch angenommen.

Die Regierungsvorlage sieht weiter vor, daß künftig keine Unterstützung gezahlt wird, wenn der Versicherte eine Entschädigung oder Abfindung auf Grund des Betriebsrätegesetzes oder Handelsgesetzbuches bezieht. Abg. Kuschauer (Soz.) kämpft diese willkürliche Wegnahme eines dem Erwerbslosen gesprochenen Schadenersatzes. Der sozialdemokratische Antrag zur Streichung dieses Regierungsvorschlages wird angenommen.

Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Roggenverhandlungen

Die Verhandlungen über die Verlängerung des deutsch-polnischen Roggenabkommens sind nach Eintreffen der polnischen Verhandlungsteilnehmer in Berlin am Donnerstag im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wieder aufgenommen worden.

Wfälzischer Arbeitertag in Ludwigshafen

Ludwigshafen, 7. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Die Sozialdemokratie der Pfalz, die es abgelehnt hatte, an der offiziellen Befreiungsfest der bayrischen Regierung teilzunehmen, veranstaltete am Sonntag eine eigene Befreiungsfestform eines wfälzischen Arbeitertages. An der Kundgebung beteiligten sich die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, Sports- und kulturelle Arbeitervereine, mit ihren Fahnen und Festzügen. Zehntausende nahmen an der Feier teil.

Hoersch bei Briand

Außenminister protestiert gegen die Terrorakte im Rheinland. Die Agentur Havas teilt mit, Außenminister Briand habe gestern mit dem deutschen Botschafter von Hoersch über die von der deutschen Seite berichteten Zwischenfälle und Störungen der Ordnung gesprochen, die nach dem Abzug der Besatzungstruppen in gewissen Teilen des Rheinlandes vorgekommen seien. Sie hätten im Zusammenhang mit den Vereinbarungen, die die Alliierten und deutschen Behörden getroffen hätten, um allen Repressalien gegen die Bevölkerung vorzubeugen, die zum Besatzungstruppen in Beziehungen stehen hätten. Briand habe andererseits die Konsularbehörden angewiesen, ihn dringend und sehr genau über die von der französischen und deutschen Presse gemeldeten Tatsachen zu unterrichten.

Wie der Pariser Berichterstatter des Volksfischen Telephon-Büros hierzu erzählt, ist in der Tat im Laufe der letzten Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter und dem Außenminister Briand auch über die Übergriffe im geräumten Gebiet gesprochen worden, und zwar in der Weise, daß Briand Bedauern darüber zum Ausdruck brachte, daß nach der unangenehmsten und korrekten Abwicklung der Räumung nunmehr zahlreiche Zwischenfälle stattgefunden hätten, die geeignet seien, öffentliche Meinung zu erregen.

Der Simonsbericht

Die Führung der indischen Mohammedaner abgelehnt. In Simla waren dieser Tage Führer der indischen Mohammedaner versammelt. Die auf der Tagesordnung stehenden Beschlüsse des zweiten Teiles des Simonsberichtes wurden von großer Mehrheit der Versammlung unter einem Sturm der Ablehnung verurteilt und abgelehnt. Wenn diese Ansicht der mohammedanischen Führer maßgebend ist für die Zustimmung der mohammedanischen Bevölkerung, so steht diese zu 90 Prozent gegen die im Bericht vorgeschlagenen Reformen. In der Tat wächst die Mißbilligung unter der mohammedanischen Bevölkerung und Feindschaft gegen England von Tag zu Tag.

Tätigkeitsbericht des Völkerbundes

Rausen und Straßmann scheidend erwähnt

Genf, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht den Tätigkeitsbericht des Völkerbundorganisation seit der letzten Völkerbundversammlung Anfang Juni (einen Nachtragsbericht). Zum ersten Male schließt das etwas trodene Aktionsprotokoll mit zwei warmen Nachrufen für Straßmann und Rausen.

Im Abschluß über die Minderheitsfragen werden nur die Völkerbundrat behandelten und somit bekannten Fälle aus

Oberschlesien und Litauen dargelegt, wogegen das vom Mitgliederrat beschlossene alle Jahre zu veröffentliche Verzeichnis über künftige eingegangene und durch die Dreierkammer behandelte Fälle und ihre Erledigung im Bericht nicht enthalten ist. Wahrscheinlich wird dieses Verzeichnis in den Nachtragsbericht aufgenommen, doch fragt man sich, da der Völkerratsrat und Minderheitsausschüsse vom Mai bis September nicht zusammengetreten, warum das Verzeichnis nicht schon im Hauptbericht veröffentlicht wird.

Studienreise deutscher Volksschullehrkräfte durch Frankreich

Paris, 7. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Eine Delegation deutscher Volksschullehrer und Lehrerinnen, die sich auf einer Studienreise durch Frankreich befindet, ist am Sonntag in Lille in der Universität feierlich empfangen worden. Der Universitätsrektor gab in einer ausführlichen Rede eine

Die „nationale Abirrung“ und die Sowjetpolitik

Eine „allturkmenische“ Organisation und ihre Pläne

Die Kongressresolution über die politische Arbeit des Zentralkomitees enthält bekanntlich einen gegen die „nationalistisch-chauvinistischen Abirrungen“ gerichteten Passus und in seiner großen Rede hat auch Stalin diese erwähnt und als gefährlich bezeichnet. Erst jetzt, nach Annahme der Resolution, ist Jaroslawski, der Sekretär der Zentralkomiteeskommission, mit näheren Angaben über diese Bewegung hervorgetreten. Danach hat in Zentralasien innerhalb der Gruppe der turkmenischen Völkerschaften eine separatistisch-nationale Bewegung um sich gegriffen, die die Ideen der kommunistischen Internationale zum Deckmantel benützt: sie will angeblich eine „allturkmenische Internationale“ bilden, um diese der Komintern entgegenzustellen. Hinter dieser international aufgemachten Organisation läßt sich indessen eine nationale Bewegung erkennen. Wie

kritische Darstellung des Volksschulwesens in Frankreich und Deutschland und betonte, daß gerade auf dem Gebiet des Austausches der Lehrmethoden deutsch-französische Zusammenarbeit seit längeren Jahren glänzende Ergebnisse erzielt habe.

Bleiben Bucharin, Rykow und Tomski im Politbüro?

Moskau, 4. Juli.

Mit der Annahme der Entschädigung, welche Stalins „Generallinie“ uneingeschränkt billigt, hat der Moskauer Parteikongress den politischen Teil seiner Arbeit mit Ausnahme der an den Schluß vertagten Wahlen nunmehr erledigt. Der Kongress hat sich mit den Berichten über die wirtschaftlichen Fragen beschäftigt. Die vernehmliche Kritik, die der Kongress an der Rechtsopposition geübt hat, legt die Frage nahe, ob die jetzt während der Debatten so scharf angegriffenen bisherigen Führer der Rechtsopposition Bucharin, Rykow und Tomski ihre Sitze im Politbüro noch weiterhin behalten werden, oder ob die Wahlen ihre Ausschaltung aus diesem einflussreichen Gremium bringen werden. Während der Diskussion sind manche Redner sogar so weit gegangen, mit der Ausschließung der Oppositionellen aus der Partei zu drohen, noch näher liegt dann doch jedenfalls die Ausschließung aus dem maßgebenden Kreise. Der vierte Oppositionsführer Uglanow, der bekanntlich in letzter Stunde das gewünschte bedingungslose Unterwerfungserkenntnis eingereicht hat, gehört dem Politbüro nicht an, sondern zählt nur zu den „Kandidaten“.

Provinztag der Radikalen in Nancy

Bestige Kritik an der Regierung Tardieu

Paris, 7. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Vor dem Provinztag der Radikalen in Nancy übte Daladier am Sonntag scharfe Kritik an der Politik der Regierung Tardieu. Mit allen Fanfaren habe man eine Politik des Realismus und der Prosperität angekündigt und habe nur das Gegenteil erreicht. In den letzten Jahren seien von der französischen Wirtschaft acht Milliarden Franken zu viel an Steuern erpreßt und diese Milliarden seien spurlos vergeudet worden. Weiter angezählte Milliarden seien in der Baisse an der Börse verloren gegangen. Die Wirtschaft klage über Absahntod und steigende Schwierigkeiten im Export. Wenn Frankreich von der Arbeitslosigkeit ver-

schont geblieben sei, so sei dies nur deshalb der Fall gewesen, weil sein Geburtenüberschuß viel geringer sei als der Deutschlands, Italiens oder Englands. Wenn eine Linksregierung etwa unter Herriot derartige ungünstige Resultate erzielt hätte, wenn eine Linksregierung das Rheinland geräumt oder die Youngankleihe unter so lässigen Bedingungen durchgeführt hätte, wäre sie einem Trommelfeuer der gesamten Presse ausgesetzt. Tardieu dagegen wolle sich die Presse zum Bundesgenossen zu machen.

Diese Kritik, schloß Daladier, hätte unbedingt einmal geübt werden müssen, und zwar gerade in Nancy, der Hochburg der französischen Reaktion.

Frankreichs Kommunisten gegen Sozialversicherung

Nur keinen Fortschritt

Paris, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die kommunistische Partei in Frankreich bemüht sich in holdem Verein mit den Reaktionären, das neue Sozialversicherungsgesetz, das am 1. Juli endlich in Kraft getreten ist, nach Möglichkeit zu sabotieren. In Rouen, Le Havre und Dunkirk haben die Kommunisten Leistiköpfen unter den Hafenarbeitern provoziert. In Limoges fand am Freitagabend eine kommunistische Protestversammlung statt, nach deren Schluß es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei kam. Die Kommunisten wollten in einem Demonstrationszug vor die Präfektur ziehen. Achtmal ging die Polizei mit der blanken Waffe vor. Zwölf Verhaftungen wurden vorgenommen.

Türkische Abwehr gegen den Kurdenaufstand

Angora, 7. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Starke türkische Truppenaufgebote haben in der türkischen Ostprovinz Wan gegen die aufständischen Kurden eine große Abwehraktion eingeleitet.

Die türkische Regierung hat Persien inzwischen durch eine Note aufgefordert, einen eventuellen Rückzug der Kurden nach Persien unter allen Umständen zu verhindern.

An der persisch-türkischen Grenze bombardierten türkische Flugzeuge Gruppen von kurdischen Aufständischen, aber die gefährlichsten Berggebiete machte es schwierig, die Wirkung derartiger Aktionen zu beurteilen. Die Zahl der Aufständischen, die von Dschelali und Sandaranski-Stämmen angeführt werden, wird auf über 10 000 Mann geschätzt. Es haben sich ihnen mehrere Komadestämme von jenseits der persischen Grenze angeschlossen. Sie erweisen sich, da sie erfahrene Krieger und Schützen sind, als ernste Gegner und lassen sogar drei türkische Flugzeuge abgeschossen haben. Die Meldung, daß türkische Truppen die persische Grenzhoheit bei der Verfolgung der aus persischem Gebiet gekommenen Kurden verletzt hätten, wird in hiesigen türkischen Kreisen in Abrede gestellt.

Mord an einem Kommunisten

Am Freitag morgen drangen in Forssa, Südschweden, unbekannte Männer in die Wohnung eines als Kommunist bekannter Arbeiters und schossen ihn nach kurzem Wortwechsel nieder. Die Täter sind entkommen. Der Mord ist zweifellos von Anhängern der antikomunistischen Bewegung ausgeführt worden.

In Raccia wurden in der vergangenen Nacht mehrere Schüsse auf das sozialistische Volkshaus abgegeben. Als der Wächter aus dem Hause heraustrat, wurde er von einem Kugelregen empfangen, ohne jedoch verletzt zu werden. Auch in diesem Falle sind die Täter entkommen.

Finanzminister Theodore zurückgetreten

London, 7. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Im Staate Queensland (Australien) ist der der Arbeiterpartei angehörende Finanzminister Theodore zurückgetreten. Er ist vor einigen Tagen von einer politischen Untersuchungskommission beschuldigt worden, den Staat bei einem Bergwerksverkauf benachteiligt zu haben. Hiergegen erklärt Theodore, der Schuldspruch sei ein während seiner Abwesenheit von seinen bürgerlichen Gegnern gefälltes politisches Tendenzurteil. Diese Ansicht bestätigt am Sonntag ein Sonderbericht des „Daily Herald“.

Die Regierung in Queensland und der dortige Staatsgerichtshof werden nunmehr die Verhandlungsart des Untersuchungsausschusses und das Urteil nachprüfen.

Die Wahlen zum mexikanischen Kongress

Wahrscheinlicher Sieg der Regierungspartei

Mexiko-Stadt, 7. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Die Wahlen zum mexikanischen Kongress verliefen nach den bisherigen vorliegenden Meldungen ruhig. Die ersten Ergebnisse lassen einen großen Sieg der Regierungspartei als wahrscheinlich erscheinen. Eine endgültige Übersicht über das Ergebnis der Wahlen ist jedoch an Hand der vorliegenden Nachrichten noch nicht möglich.

Entführung zweier kommunistischer Abgeordneter in Selsingfors

Selsingfors, 6. Juli.

In den Sitzungssaal des Grundgesetzausschusses des Reichstages drangen heute vormittag vier unbekannt Männer ein und ergriffen zwei kommunistische Mitglieder des Ausschusses, schleppten sie ins Auto und verschwand. Einer der Einbrecher sagte, wie das Abschieben der Kriminalpolizei vor. Der Vorsitzende des Ausschusses zeigte den Verfall beim Staatsministerium an.

Weiße Zähne: Chlorodont

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr

Dolly's Abenteuer
Operette in 4 Bildern
von R. Benatzky
Loni Hensler und
Ivo Witzmer a. G.

Gegen Vorweisung
dieser Anzeige
50% Ermäßigung
an der Theaterkasse

LIEBICH

Tägl. 8,15 Uhr die sensationelle Revue-
Komm zu mir
m. Marie Laetke
u. den entz. Rasow-Girls
Dallend, Rosen gelingend
für Damen zur Vertelle.

Schlesische Philharmonie
Dienstag, d. 8. Juli
Anfang 10,30 Uhr:
**Südpark-
Konzert**
Dirigent: Prof. Dobrn
Solist: Schützer.

Druckerei Volkswacht
fertigt moderne Broschüren
Breslau 2 Klarastraße 4/6

Flugdienst Breslau
Breslau 17 Flughafen Tel. 535 39

Mit dem heutigen Tage
eröffne ich

**Schlesiens erstes privates
Luftfahrtunternehmen**

Ausgeführt werden
**Lufttaxi-Verkehr nach allen Orten,
zugkräftige Reklameflüge und
billige Rundflüge über Breslau**
täglich, auch Sonntags, bis zur Dunkelheit

Für wenige Mark ist nunmehr jedermann Gelegenheit gegeben,
seine Heimatstadt auch von oben kennenzulernen
W. Przibilla

WAPPENHOF

Heute
sowie täglich 4 Uhr u. 8 1/2 Uhr:
**Das große
Ferien-Programm**
mit den 10 Varieté-Attraktionen. 11807
(Bei schöner Witterung stets im Garten.)
Ab 8 Uhr: **Großer Ball** 2 Kapellen

Zur Althees
und Matratzen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.

**Berlag
der
Volkswacht**

2 Bettstellen
Glas komplett **185.-**
Spiegel **115.-**
Laternen **115.-**
Teilhaltung gestattet.

Giesel
Breite Straße 42.

Wollfarge
20ltr. 1.80 Wzl., Kermessutter
0 60 - 180 Wzl., Mittel 0.48
bis 1 00 Wzl., Kernseife 110
74 Wzl., Schmierseife 100 Wzl.
2, 3, 4 Wzl., Bippert, Seiflich-
straße 16 11659

Kleine Anzeigen
sind in der
Volkswacht
billig u. erfolgreich

Wohnungen
Rinderlofes Ehepaar
sucht
möbl. oder unmöbl.
Zimmer
Offerten mit Preisang. unter
A. 40 an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung erbeten. 550

Louise Wohnung
eine 1-jährige Stube, eine
Wohnküche u. ein Entree gegen
eine 2-jähr. Stube u. Entree
oder Küche, nornheraus, im
Oberst. Offert. unt. B. 829
an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

„Der Wahre Jacob“
statt 40 Pfennig
jetzt nur 30 Pfennig

Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise, die schwer auf der arbeitenden Bevölkerung lastet, haben wir trotz verteuerter Herstellung eine Verbilligung unserer Zeitschriften beschlossen.

**Und trotzdem
weiterer Ausbau des „Wahren Jacob“!**
Neugestaltung des Äußeren. Reichster Inhalt. Politische Satire, Witz und Humor. Seit 50 Jahren im arbeitenden Volk verbreitet.

Die „Frauenwelt“
statt 40 Pfennig
jetzt nur 35 Pfennig

**Und trotzdem
weiterer Ausbau der „Frauenwelt“!**
Erhebliche Erweiterung des Modeteils. Vielseitiger Inhalt. Fesselnde Romane. Wertvoller hauswirtschaftlicher Teil. Ärztlicher u. praktischer Fragekasten. Abt. „Für unsere Kleinen“. Schnittmusterbeilage 10 Pf.

VERLAG J. H. W. DIETZ NACHF., G M B H.
Zu beziehen durch:
Volkswacht-Buchhandlungen
Breslau * Neue Graupenstraße 5
Friedrich-Wilhelm-Str. 105 * Flurstr. 4

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Fleisch- u. Wurstwaren

Wilh. Land jr.
Lehmgrubensr. 2 empfiehlt ff. Fleisch-
und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen

Paul Merettig Matthias-
Straße 148
Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Alfred Just, Scheitniger Str. 23
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Hoffmann, Hordain-
straße 106.
ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Ernst Heide
Fleischerei und Wurstfabrik
Markthalle Ritterplatz u. Stand 27/28

Paul Berndt Weissenburger
Straße 4
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Richard Krusch
Wurst- u. Konserven-Fabrik
Adalbertstraße 13/15 Tel. 265 65
Klosterstraße 49 N. Taschenstr. 30
Matthiasstraße 166 (Ecke Kospolstr.)
Tiergartenstraße 26 (Ecke Kaiserstr.)

Gustav Standke Friedrich-
Karstr. 3
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Bezugsquelle für Gefrierfleisch

ff. Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
Richard Stampe, Kospol-
straße 5

Paul Kursawe Neudorfstr. 28
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Emil Lüdeck Steinauer Straße 6
Fabrik ff. Fleisch- und
Wurstwaren

Fritz Kaps Klosterstraße 7
ff. Fleisch- und
Wurstwaren

Bäckereien und Konditoreien

Richard Scholz
Bäckererei und Konditorei - Hilscherstraße 27

Ernst Glatz Bohrauer Str. 37
Telefon 308 94
**Bäckererei
und Konditorei**

Der Wahre Jacob
Preis 80 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung

Metallbetten, Matratzen
Metallbetten, Matratzen
Küchenbetten, Gussstühle
Bajer & Olowinsky
Hilfsstr. 31
auch nach Maß angefertigt

Molkerei-Produkte

Fernruf 532 95 **Alsen-Molkerei** Fernruf 532 95
Hermann Neugebauer, Alsenstr. 86
Milch, nach dem neuesten Verfahren dauer-
pasturisiert, garantiert für Reinheit u. Qualität.

Molkerei Emanuel Ksoll Tel. 592 24
empfiehlt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u.
Fettkäse in allerster Qualität aus eigener Molkerei.
Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle
Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften
Alsenstraße 21 und Lehmdamm 2.

Fettreiche Vollmilch
garantiert 39% Fett, sowie Schlagsahne, Kaffeesahne
und sämtliche Molkereiprodukte offeriert:
Molkerei Herrmann, Kreuzburgerstr. 22 Telefon 265 26

Central-Dampfmolkerei Bettlern
Hermann Walter
Stadtgeschäft: Gabitzstraße 89
Der Neuzeit entsprechende, modernste, Betriebs-
einrichtung. Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg.
Verlangen Sie stets und ständig die guten, schmack-
haften Molkerei-Erzeugnisse sowie die fetthaltige,
Hilfskühle, wohlbekömmliche Vollmilch der Molkerei
Scheloske & Sohn, Breslau Klein-Tschansch
Fernruf 547 10 In sämtlichen durch unsere
Plakate gekennzeichneten Spezial-
geschäften erhältlich

Gaststätten u. Gasthöfe

Julius Rauchhaus, Scheitniger Str. 33
Zuletzt Mitinhaber der aufgelösten Firma Brenner & Wachner
Inhaber: Richard Julius Rauchhaus. - Keine Filiale.
Fabrikation, Verkauf, Ansehen und Geschmack.

Drei Worte genügen
Waldfhofbitter Schubert Breslau 5

„Zur Stadt Berlin“
Inhr: Hermann Kipke Frankfurter Straße 72

Ein Gebetstilb
von
Friedrich Engels.
Der Jugend erzählt
von Dr. Willi Cohn.
Preis 80 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung.

Beerdigungs-Anstalten

Beerdigungs-Anstalt C. Heymann
Klosterstraße 85/87, Breslau 8, Telefon 68747
Zweiggeschäft Gräbener Straße 48
Beerdigungen, Leichenbegängnisse, Feuerbestattungen
Neuzeitl. Überführungswagen
Gräberbetrieb
Beerdigungs-Veranstaltung
Propaganda-Büchlein, Vertretungsbuch unverbändl.

Wäsche, Berufskleidung

Leinenhaus Gotthard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56 (nahe Ring)
Gute Berufskleidung und Wäsche

Zigarren, Zigaretten

Zigarrenhaus Hermann Kahler
Michaelsstraße 19
empfehlen gute Hamburger und Bremer Fabrikate

Wilhelm Gondek Gaisnerstraße 13
Telefon 87706
Zigarren, Zigaretten, Tabak, anerkannt beste Qual.

Schuh- und Lederwaren

Wilhelm Vogel
Schuhwaren
Friedrich-Wilhelm-Straße 66.

A. M. Remak Leder
Schuhpoliermittel
Gummischuhe
Kupferschmiedestr. 37, zwischen Schmiedebrücke u. Oderstr.
Seit 1847 am selben Platz
Ein Beweis unserer Leistungsfähigkeit

Emil Kämpf Fried.-Wilhelm-
straße 84
empfiehlt Offenbacher Lederwaren,
Koffer, Schultaschen u. Aktenmappen
zu **billigsten, aber festen Preisen.**

Leder im Norden
kauft man bei **Karl Kionka, Matthiasstr. 80**

Wo kauft man seine Ledersohlen? Bei Gutsche, überall empfohlen
Albert Gutsche Breslau, Reudnitz 29/31
Telefon 250 92
Bekannt bei: apfelbige Leder- u. Schuhbedarfsartikelhandl., Schlesiens
Gräbener Str. 19/21 Mollstr. 14 Gohrauer Str. 27 Poststr. 7

Oswald Grunwald
Tel. 215 78 Taunzienstraße 130 Tel. 215 78
Lederhandlung • Zigarren • Zigaretten • Tabak

Pfandhäuser

Beleihung von
Wäsche • Betten • Kleidungs-
stücken • Gold- u. Silberwaren
Julius Grundmann Treibitzer
Straße 21.

Geld auf Pfänder Leihhaus Rose
Friedr.-Wilh. Str. 67

Geld auf Pfänder aller Art.
Leihhaus Alfred Wanke Nachf.
Mariannenstraße 6 l.

Kaufhäuser

Oskar Baum Sternstraße 77
Ecke Hedwigstraße
Kleider - Blusen - Röcke - Wäsche
Schürzen - Strümpfe - Handschuhe
- Kleider- und Wäschestoffe -

Auguste Hoffmann
Rosenthaler Straße 61
Wäsche - Trikotagen - Stoffe

Kauft bei Blasse
Blasse ist billig
Nur Graupenstraße

Fahrräder und Reparaturen

Karl Bohn Scheitniger Str. 33
Telephon 571 14
Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturwerkstatt u. Ersatzteile

Fahrradhaus „Frisch auf“
Nikolaistraße 78/79
Bundesgeschäft d. Arb.-Radf. Bundes „Solidarität“

Karl Borst jun. Steinauer
Straße 12a
Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
Reparaturwerkstatt. - Teilzahlung gestattet.

Fahrradhaus P. Schläpe Taunzien-
straße 148
Fahrräder, Sprechapparate, Schallplatten

Karl Kapelle Steinauer Straße 31
Fahrradhandlung
Reparaturwerkstatt für Fahrräder und Motorräder

Möbel-Kaufhäuser

**Kauft Eure
Möbel bei** **Roßwoll**
Matthiasstraße 59 ein
und Ihr werdet stets zufrieden sein

Spediteure

Paul Goulet
Breslau, Posener Str. 68/72 * Tel. 320 00
Spedition, Möbel-, Geldschrank- und Maschinen-
transport u. Kraftbetrieb, Lagerungen, Gläse, nachläßl.

**Deutsch-Lissa
und Umgebung**

Schuhwaren
Franz Seliger
Lager beste Schuhwaren
Möbel- und Reparatur-Werkstatt

**Der Wahre
Jacob**
Preis 30 Pfennige

Breslauer Nachrichten

Was liest der Arbeiter?

Stark zunehmendes Lesebedürfnis in der Zentral-Arbeiter-Bibliothek — Eine um 100 Prozent stärkere Nachfrage nach sozialistischen Werken.

In den neuen freundlichen Räumen unserer Bibliothek im letzten Stock im Gewerkschaftshaus entwickelte sich im ersten Halbjahr 1930 ein außergewöhnlich reger Verkehr. Es ließen sich am 1. Januar bis 30. Juni insgesamt 2860 Leser eintragen. Diese Zahl hatten wir in allen vorhergehenden Jahren erst am Ende des Jahres erreicht. Ein Beweis, daß der Arbeiter durch die erzwungener Freizeit die im letzten Jahre durch die große Arbeitslosigkeit hervorgerufen wurde, nützlich anwendet. Wie die nachfolgende statistische Uebersicht zeigt, ist die Nachfrage nach belehrender Literatur ebenfalls sehr stark gestiegen. Gesamtausleihe stieg von 26 008 Bänden im ersten Halbjahre 1929 auf 36 088 Bände im ersten Halbjahr 1930. Das ist eine Mehrausleihe von 10 080 Bänden, gegenüber dem Vorjahre. Auf die einzelnen Wissensgebiete verteilt, wurden entliehen:

	1. Halbjahr 1929	1. Halbjahr 1930
Geschichte	1172	1819
Biographie	753	1467
Reisen und Völkertunde	2016	3521
Naturwissenschaften	1475	2255
Rechtswissenschaften	150	154
Gesellschaftswissenschaften	266	541
Sozialismus	458	1956
Technik	428	398
Philosophie	225	416
Erziehung	87	129
Sport	70	67
Kunst	48	94
Musik	9	23
Literatur	50	99
Unterhaltung	17 295	21 204

Singu kommen noch 1640 Bände von der Jugendliteratur verhaltenen und 1174 Bände belehrenden Inhalts. In Prozent ergeben diese Zahlen 62 Prozent schöne Literatur, Prozent belehrende.

Durch die starke Inanspruchnahme der Bücherei mußten die zerlesene und total verschmutzte Bücher ausgeschieden und neue wertvollere Bände ersetzt werden. Wenn von allen Büchern in Zukunft in steigendem Maße mehr Mittel für die Bibliothek fließen gemacht werden könnten, wäre zur Lösung wichtiger Kulturaufgaben viel getan.

Raubüberfall in der Zauengienstraße

Zwei Männer überwältigen einen Geschäftsinhaber

Kurz nach Mitternacht drangen am Sonnabend abend zwei Männer in das im Hause Zauengienstraße 30 gelegene Geschäft des Kaufmanns Otto Reimann, fielen den sich allein im Laden befindlichen Geschäftsinhaber her, gaben ihm, warfen ihn zu Boden, und während ihn der eine mit Gewehr bedrohte und am Sprechen zu hindern suchte, kürzte der zweite Reimanns auf die Kasse auf und entwendete die darin befindlichen 50 bis 60 Mark Hartgeld. Der Widerstand des Ueberfallenen veranlaßte die beiden über mit Weiber gegen ihr Opfer vorzugehen, doch als auch der Versuch mißglückte, drang einer der Männer noch schließ in einem Nebenraum gelegenen Raum, holte aus dem Schreibtisch den Geldschrankschlüssel und öffnete diesen, doch fand er in weiter nichts wertvolles. Durch das Hinzukommen einer Inwohnerin wurden die beiden Eindringlinge vertrieben, die durch ein nach dem Hofe gelegenes Fenster und entliefen in einem Ausgang nach der Blumenstraße. Sie haben in dem Haus ein Leinwandstück, einen gelben schmutzigen Zwirnrock und einen schwarzen Selbstbinder mit braunen Kragstreifen zurückgelassen.

Wie zu diesem Ueberfall noch bekannt wird, hatte Reimann sein Geschäft bereits geschlossen. Die beiden Männer an die Tür geklopft und ihn gebeten haben, ihnen noch etwas zu verkaufen, worauf der Geschäftsmann nochmals die Tür öffnete und sie einließ. Es handelt sich um einen 22-jährigen und einen 22-24 Jahre alten Burschen. Beide tragen helle Klappmägen.

Erhöhung der Siedlungsmieten

Soll nun unter allem Umständen durchgeführt werden

Was der Magistrat mitteilt

Die Ende April angekündigten Mieterhöhungen in den meisten Siedlungen und einer Reihe privater Wohnungsbauten haben bekanntlich bei der Neubaumieterschaft starken Unwillen ausgelöst. Die Mieterbewegung hat den städtischen Körperschaften wiederholt Anlauf gegeben, sich eingehend mit der Frage der Gestaltung der Neubaumieter zu befassen. Entschiedenungen der Stadtverordneten-Versammlung haben insbesondere den Magistrat ermahnt, auf ein möglichst günstiges Verhältnis zwischen Mieten und Einkommen der Neubaumieter hinzuwirken, vor allem aber die Preußische Staatsregierung zu besonderen Hilfsmitteln zu veranlassen, die es ermöglichen sollten, der Notlage der Breslauer Mieterchaft Rechnung zu tragen. Zugleich war für Erleichterungen für die Uebergangsmonate Mai und Juni bis zum Inkrafttreten der wirtschaftlich notwendigen Mieterhöhungen eingetreten und schließlich eine besondere Nachprüfung der Neubaumieter gewünscht. Diesen Forderungen ist vom Magistrat entsprochen worden. In einer größeren Anzahl von Sitzungen hat ein besonders eingesetzter Magistratsunterausschuß die gesamte Frage der Neubauumienbildung einer eingehenden Nachprüfung unterzogen. Der Ausschuß mußte leider auf Grund des ihm vorgelegten umfassenden Materials zu dem Ergebnis gelangen, daß die von dem Siedlungsunternehmen vorgezeichneten Mieterhöhungen wirtschaftlich unumgänglich notwendig sind. Insbesondere hat der Ausschuß sich auch davon überzeugt, daß in weitest-möglichem Umfang bereits durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln auf die Senkung der Neubaumieter Bedacht genommen wird, eine weitergehende Senkung aber in Ermangelung von Mitteln nicht vorgenommen werden kann. Zugleich mit der Mietennachprüfung durch den Magistratsunterausschuß ist zu wiederholten Malen mit den Vertretern der Neubaumieterschaft verhandelt worden. Dem Wunsche der Vertreter der Neubaumieterorganisationen auf Beteiligung in den zur Prüfung von Härtefällen eingesetzten Kommissionen und auf Anhörung der Mietervertreter vor der Mietsfestsetzung ist entsprochen worden. Ebenso ist der Anregung der Neubaumieterschaft entsprechend einem Beschlusse des Magistrats eine Delegation, bestehend aus Vertretern der Neubaumieterschaft und einem Magistratsvertreter sowie einem Vertreter des Herrn Regierungspräsidenten nach Berlin entsandt worden. Auf Grund der Verhandlungen der Delegation im Volkswohlfahrtsministerium hat der Herr Minister für Volkswohlfahrt einen Ministerialkommissar nach Breslau entsandt, der in dreitägiger Tätigkeit die Grundlagen der Neubaumieterbildung in Breslau eingehend geprüft und im Anschluß an diese Prüfung mit den Vertretern der Neubaumieterschaft verhandelt. Hierbei ist der Ministerialkommissar zu dem Ergebnis gelangt, daß sich die Mieterhöhungen als eine wirtschaftliche Notwendigkeit ergeben haben, und daß vom Magistrat alle im Rahmen des Möglichen liegenden Erleichterungen, um die durch die Steigerung eintretenden Schwierigkeiten zu beheben oder doch zu mildern, geschaffen worden sind. Ein in der Verhandlung mit dem Ministerialkommissar von der Mieterseite gemachter Vorschlag, als Ueberbrückungsmäßnahme durch Gewährung von Zinszuschüssen für die Bauten der Jahre 1928 und 1929 Erleichterungen zu gewähren, mußte, wie der Regierungspräsident neuerdings mitgeteilt hat, vom Volkswohlfahrtsminister nach eingehender Prüfung bedauerlicher Weise abgelehnt werden. Dabei hat der Minister nochmals darauf hingewiesen, daß er bereits die Ueberzeugung erlangt habe, durch die vom Magistrat getroffenen Maßnahmen werde bei der Mietsgestaltung in Notfällen ein so weites Entgegenkommen gezeigt, daß tatsächliche Härten in der Hauptsache behoben würden. Bei dieser Sachlage mußte die Mieterhöhung, die eigentlich schon im April erfolgen

müssen, nunmehr durchgeführt werden. Auch Erwägungen, eine anderweitige Staffelung unter weitgehender Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte herbeizuführen, erwiesen sich bei näherer Prüfung als ungangbar, da bei einer solchen Staffelung insbesondere die Wohnungen der Siedlung Bepelwitz eine wesentliche Steigerung über die vorgenommene Mieterhöhung hinaus erfahren hätten. Tatsächlich ist bereits insbesondere von der Siedlungsgesellschaft eine weitgehende soziale Staffelung der Mieten durchgeführt. Die bereits seit zwei Jahren eingesetzten Kommissionen zur Prüfung von Härtefällen ermöglichen es, dort, wo Mieter in unerschuldete Notlage geraten sind, Erleichterungen zu gewähren. In mehr als 1000 Fällen sind nach den Beschlüssen der Kommissionen Mieterermäßigungen gewährt worden. Nachdem nunmehr alle Möglichkeiten erschöpft sind, wird sich auch die Neubaumieterschaft der Ueberzeugung von der Notwendigkeit der vorgenommene Mieterhöhungen nicht verschließen, zumal die unterdessen bereits eingetretenen Steigerungen der Mietsmieten und deren ja in kurzer Zeit bevorstehende weitere Steigerung — infolge der erhöhten Verzinsung der Aufwertungsanleihe — ohnehin einen fast völligen Ausgleich zwischen den Mietsmieten und jetzt zur Erhebung gelangenden Neubaumieter bringen wird. Ferner darf noch daran erinnert werden, daß insbesondere für die Wohnungsbauten der Siedlungsgesellschaft von der Vermieterin den Mietern ein Entgegenkommen noch bezüglich des Bezugs der Badeszuläge, Verzinsung der Mieterkautions, Uebernahme der Straßenreinigungspflicht usw. gezeigt worden ist. Für die Uebergangszeit ist schließlich noch für diese Siedlungen den Wünschen der Neubaumieterorganisation insofern Rechnung getragen worden, als die Mieterhöhung für den Mai nicht und für den Juni mit der Hälfte der Erhöhung zur Erhebung gelangt.

Und was die Mieter antworten

Entscheidung!

Die am 5. Juli 1930 im großen Saal des „Kaffeehaus“ tagende Vertreter-Versammlung von 5000 organisierten Breslauer Neubaumieter fordert die um eine tragbare Miete kämpfenden Siedlungsmieter auf, in ihrem Kampf auszuhalten.

Die von der Siedlungsgesellschaft den Siedlungsmietern mitgeteilte neue Miete ist für die überzogene Mehrheit der von ihr betroffenen Mieter untragbar. Der Beweis dafür ist wiederholt erbracht worden (statistische Erhebungen über das Verhältnis von Einkommen und Miete, große Mietrückstände bei der Siedlungsgesellschaft usw.). Der Mieterchaft bleibt deswegen kein anderer Ausweg, als ihren Kampf weiterzuführen und wie bisher nur die alte Miete zu zahlen. Dieser Mahnung werden sich aus solidarischen Gründen auch die Mieter anschließen, die auf Grund ihres Einkommens in der Lage sind, die erhöhte Miete zu zahlen.

Wir appellieren an die gesamte Öffentlichkeit, insbesondere an die politischen Parteien, den Kampf der Breslauer Neubaumieter stärker als bisher zu unterstützen. Durch das geschlossene Vorgehen der kämpfenden Neubaumieter, durch die warnende Stimme der gesamten Öffentlichkeit müssen die für die Breslauer Neubaumieterpolitik verantwortlichen Kreise gezwungen werden, erneut mit den Vertretern der Mieterchaft zu verhandeln.

Grundlage dieser Verhandlungen müssen die von der Mieterchaft ausgearbeiteten Vorschläge sein. Solange diese Verhandlungen kein befriedigendes Ergebnis haben, bleibt es bei der alten Miete!

Fortzahlung der bisherigen Miete!

Dachstuhlbrand in der Bärenstraße

Ursache des Brandes noch ungeklärt

Im Grundstück Bärenstraße 22, Ecke Krüschstraße, brach am Sonnabend auf noch ungeklärte Weise ein Dachstuhlbrand aus, durch dessen hoch aus dem Dach schlagende Flammen der ganze Dachstuhl vernichtet wurde, das Feuer aber durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr auf seinen Herd beschränkt werden konnte.

Nachdem erst am Donnerstag früh in einem Eckhaus Glogauer und Alsenstraße der Dachstuhl eingestürzt wurde, mußte die Breslauer Feuerwehr bereits am Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr zu einem gleichen Großfeuer ausrücken, das in dem Eckhaus Bären-/Krüschstraße ausgebrochen war. Hausbewohner hatten von dem hinter dem Hause liegenden Garten beobachtet, daß Rauch aus dem Bodenlufte drang. Sofort wurden Feuerwehr und Polizei alarmiert, doch genügte die kurze Zeit bis zum Anrücken der Wache Leuthenstraße, daß die reiche Nahrung findenden Flammen hoch aus dem Dach herausstiegen. Sofort wurde die Meldung „Großfeuer“ ausgegeben und weitere Vorkämpfer der Hauptwache und der Wache Gähligstraße an die Brandstelle beordert. Da mit den Flammen zugleich dicke Rauchschwaden aus dem Dachstuhl herausquollen und auch das Treppenhaus stark verqualmt war, konnten die Feuerwehrmänner nur mit Rauchschuttmasken gegen den Brandherd vorgehen. Mit 7 Schlauchleitungen, von denen zwei über das Treppenhaus Bärenstraße, zwei über das Treppenhaus Krüschstraße, eine über das Treppenhaus des Nachbargrundstückes und zwei über die auf der Bärenstraße aufgestellten Magirusleitern geführt wurden, gelang es, nach etwa einstündigen Bemühungen das Feuer niederzukämpfen. In dem ausgetrockneten Holz des Daches und der Bodenlammern, sowie dem darin befindlichen Gerümpel hatten die Flammen reichliche Nahrung gefunden. Obwohl alle Bodenlammern ausbrannten, war es der Feuerwehr doch gelungen, eine im Dachgeschoss ausgebaute Wohnung zu sichern. Auch eine darin befindliche große Kanarienvogelkiste konnte gerettet werden. Gegen 8 Uhr konnte die Meldung „Feuer aus“ abgegeben werden, so daß glücklicherweise die Vorkämpfer von den Erschwerungen des kurzen Zeit später einsetzenden Sturmes verschont blieben. Die Aufräumungsarbeiten dauerten jedoch noch bis in die späten Abendstunden. In den Wohnungen der Obergeschosse ist zum Teil erheblicher Wasserschaden angerichtet worden. Ueber die Entscheidungsurache konnte bisher noch nichts ermittelt werden.

Unbekannter Toter aus der Ohle gelandet

Gestern gegen 18 Uhr wurde am rechten Ufer der oberen Ohle im Dörsch die Leiche eines etwa 40 bis 45 Jahre alten Mannes gelandet, der mit dunkelbraunem Jackett und Weste mit seinen Illa Streifen und Kleinfurter, dunkler Hose bekleidet war. Er trug weiter ein Oberhemd mit aufgestülpten Ärmeln, ein weißes Hemd und ein dunkelblaues Selbstbinder an einem Zelloidbinder. Da bei dem Toten nur ein Taschentuch mit dem Namen G. S. und ein Schlüsselbund gefunden wurden, konnte seine Persönlichkeit bisher noch nicht identifiziert werden. Anscheinend handelt es sich um einen Selbstmord.

Bäderpreise herabgesetzt

Eine nur teilweise Durchführung des Stadtverordnetenbeschlusses

Der Magistrat hat beschlossen, mit sofortiger Wirkung die Eintrittspreise der Bäder der Gruppe III wie folgt herabzusetzen:

Die Einzelparte für Erwachsene kostet fortan werktags 25 Pf., Sonntags 40 Pf. Zwölfkategorien werden für Erwachsene für 2,50 Mark verkauft. Die bisher gelösten Dauerkarten in den Bädern in der Gruppe III gelten nunmehr auch Sonntags. Diese Preisermäßigung erstreckt sich also auf das Ohle-Männerbad, das Ohle-Frauenbad, das Frauenbad Burgstraße und das Strandbad Stadelwitz. Da aber gleichzeitig die bisher der Gruppe II zugehörigen Strandbad Nordend und Strandbad Westend in die Gruppe III eingereiht worden sind, nehmen auch die Besucher dieser beiden Bäder an der begrüßenswerten Preisermäßigung teil.

Um auch den Erwerbslosen verbilligte Badegelegenheit zu geben, hat ferner der Magistrat beschlossen, den Erwerbslosen und ihren Ehefrauen an allen Werktagen bis 13 Uhr den Besuch sämtlicher städtischen Sommerbäder (mit Ausnahme der beiden meist überfüllten Scheiniger Bäder (Strandbad Leberbeutel und Stadion-Bad) zu einem Vorzugspreise von 15 Pf. je Person gegen Vorweisung der Stempelparte zu gestatten. Den Erwerbslosen stehen außer den oben genannten Bädern also auch der Badepark Opperau und das Cojeler Strandbad zur Verfügung.

Damit ist der Magistrat nur zu einem Teil dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung gefolgt. Nur die Bäder der Gruppe III mit Einschluß der Strandbäder Nordend und Westend erhalten die ursprünglichen Eintrittspreise wieder. Allerdings ist hier nichts über die Eintrittspreise für Vereine gesagt, ob sie ebenfalls die alten Sätze zu zahlen haben oder von der Herabsetzung unberührt bleiben.

Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen diesen Beschluß des Magistrats wehren, da er nur die ausgesprochenen proletarischen Bäder, also die der III. Gruppe berücksichtigt, dagegen in den übrigen Bädern, die nicht minder von der arbeitenden und darum nicht so zahlungskraftigen Bevölkerung besucht werden, die erhöhten Preise bestehen bleiben. Das Strandbad Leberbeutel und das Stadion-Bad will man schäblich zu ausgesprochenen Luxusbädern machen, zumal man hier nicht einmal in den Vormittagsstunden den Erwerbslosen die Vergünstigungen gewähren will, wie in den anderen Bädern. Wir bedauern dies um so mehr, als gerade diese beiden Bäder die einzigen sind, die für die proletarischen Siedlungsbewohner und das proletarische Schicht in Frage kommen, und bei den hohen Bäderpreisen kann heute mancher nicht noch Kosten zur Fahrt in ein Bad in einem anderen Stadtteil aufbringen. Die hohe Zahl der erst wieder am gestrigen Tage Ertrunkenen ist bitter

Drei Opfer der Oder

Ein Vater mit seinen beiden Töchtern ertrunken

Das Babelleben an der Oder hat auch am gestrigen Sonntag wieder drei Opfer gefordert, und zwar drei Menschen aus einer Familie, Vater und zwei Töchter, die gegen 14 Uhr auf der linken Oderseite unweit der „Villa Jedlitz“ habeten.

Die drei Personen sollen beim Näherkommen eines Dampfers die Strommitte geschwommen und dabei anscheinend so nahe dem Dampfer herangekommen sein, daß sie vom Rad erfasst worden sind. Tragischerweise soll der Unfall kaum beobachtet worden sein. Nur das Untergehen des Mannes war beobachtet worden. Dessen Leiche konnte auch bald geborgen werden. Erst nach der gegenüberliegenden Uferseite herrenlose Kleidungsstücke und zwar von einem Manne und zwei Frauenpersonen, wurden, wurde es zur Gemisheit, daß alle drei ein Opfer der Oder geworden sind. Obwohl in den Akten keine Einzelheiten über die Persönlichkeit der Toten gefunden wurde, es bereits möglich, diese festzustellen. Es handelt sich um 43 Jahre alten Steuerleiter Gottlieb R. r. o. l., Hohenpölsener 9 wohnhaft, und um seine achtzehn- bzw. fünfzehnjährigen Töchter Hildegard und Hertha, mit denen er vormittags von zu Hause fortgegangen war. Die Ehefrau und Mutter der Ertrunkenen konnte bisher von der Polizei nicht vernommen werden, da sie seitlich völlig zusammengebrochen ist. Dieser tragische Lebensabschluß dreier Menschen mag als neue Warnung für diejenigen dienen, die gute Ratsschläger wieder lächelnd in den Wind schlagen und bis an die Fahrzeuge heran schwimmen.

Eigenartiger Selbstmord

Abgang eines Oberdampfers klettert sich während der Fahrt ins Wasser

Auf recht eigenartige Weise machte gestern abend ein noch unbekannter Mann seinem Leben ein Ende. Er ließ sich als Fahrgast auf dem Dampfer „Albrecht-Wilhelm“ der Verkehrskette und sprang gegen 20,30 Uhr gegenüber der Zuluenausfahrt Ostwiesenhof von dem fahrenden Dampfer ins Wasser, ehe er überhaupt auf diesem Vorhaben gehindert werden konnte. Es gelang nicht, ihn zu retten, da er sofort ertrank. Es konnte zunächst nur festgestellt werden, daß er in dunklen Anzug trug und nur einen Arm hatte, so daß angenommen werden kann, daß es sich um einen Kriegsverletzten handelt.

Urteil im Albrecht-Prozess

Staatsanwalt bestätigt Ueberzeugungszüterschaft Verurteilt nach dem Gesetz — Demonstrationen gegen § 218

Der dritte Verhandlungstag am Sonnabend gegen Frau Anna Albrecht begann mit einer zweistündigen Beratung der Richter über die Wiederzulassung der Presse, die da trotz des Auslasses in den Zentrumsblättern erschienen waren, ausnahmslos an den weiteren Verhandlungen teilnehmen sollte. Es waren dann noch einige Zeuginnen zu vernehmen, im wesentlichen den Eindruck der ersten beiden Tage stützten.

Ungeheure Not

Die Frau Albrecht, die an vielen unter ihnen die Abtreibung unrentabel vorkam oder ganz geringe Gelder freiwillig bekommen hatte, je nach der Schwere des Falles, der Vermögenslage der Zeuginnen oder den Umständen, die Frau Albrecht hatte, die zuweilen die Frauen während tagelang bei sich pflegte, sie peinlichst sauber anordnete. In einem einzigen Falle wurden ihr von einer Selbstverstärkerin 80 Mark gegeben, Frau Albrecht hatte ihr nach einigen Behandlungstagen 40 Mark zurückgegeben, die das Mädchen auszahlte. Frau Albrecht gab selbst Fälle zu, in denen sie Abtreibungen vorgenommen hatte, für diese große Anzahl hatte sie in fünf Jahren knapp 1000 Mark bekommen, die für Medikamente, Verpflegung usw. gingen. Im Laufe der Verhandlungen wurde der ungünstige Verlauf der polizeilichen Ermittlungen immer mehr festgestellt. Frau Albrecht war nicht jene „weisse Frau“, die gewissenlos Opfer ausbeutet und mit untauglichen Mitteln die Wangerheftungsunterbrechung vornimmt. Sie war

Ueberzeugungszütersin,

aus sozialem, ethischem Pflichtbewußtsein mit peinlichster Arbeit und einer außerordentlich guten Kenntnis handelte; er den 144 Fällen ist nicht ein einziger Todesfall oder Komplikation zu verzeichnen gewesen.

Die Zeuginnen des letzten Tages waren wie alle anderen aufsam für den sozialistischen Hintergrund dieses Prozesses. Die 27jährige junge Frau, die mit ihren vier Kindern und arbeitslosen Ehemann bei der Mutter eine einzige Stube bewohnte, ging zur Frau Albrecht und gab ihr für sechs Einflüsse eine alte Aktentasche als Entgelt. Eine 42jährige Frau ist in bewegten Worten ihr Leid. Sie hatte

neunzehn Schwangerschaften

gegemacht, aber nur sechs Kinder zur Welt gebracht, von denen vier starben. Die übrigen Schwangerschaften waren Fehlgeburten. Unter Hinweis auf diese Umstände sei sie zum Arzt gegangen, der den Eingriff natürlich ablehnte. Sie hat zu Frau Albrecht gehen müssen, der sie 5 Mark versprach, aber bis heute nicht bezahlt. In einem anderen Falle hatte eine Frau ihr gesagt, daß sie nichts zahlen könne, trotzdem hatte Frau Albrecht den Eingriff vorgenommen. Uebereinstimmend gab das Bild, daß die Frauen und Mädchen nach der Behandlung nichts oder ein ganz bescheidenes Entgelt gaben, so daß das nicht auf einen großen Teil der noch geladenen Zeuginnen zählten konnte.

Frau Albrecht griff wiederholt in die Vernehmung ein und half den Zeuginnen weiter, wenn sie in Erregung oder aus dem nicht mehr weiter zu sprechen imstande waren. Sie betonte auch nach vollendeter Beweisaufnahme, daß es ihr nie gefallen wäre, das Tagebuch mit den Namen der Kriminalpolizei auszuliefern, wenn die Polizeibeamten sie nicht mit Vorwürfen überrumpelt hätten.

Der Staatsanwalt

in seinem Plädoyer von dem Kampf der öffentlichen Meinung gegen den Paragraphen 218 aus und bemühte sich, alle

mitberührenden Umstände für Frau Albrecht heroorzubringen. Er ist zwar der Ansicht, daß hier gewerbsmäßige Abtreibung vorliegt, betont aber ihr sympathisches Vortreten vor Gericht, rechnet ihr offenes Geständnis zugute und ist nach dem Gang der Verhandlungen der Auffassung, daß Frau Albrecht tatsächlich als Ueberzeugungszütersin anzusprechen sei. Da aber in einigen Fällen das Entgelt über die tatsächlichen Aufwendungen hinausgegangen sei, liege trotzdem gewerbsmäßige Abtreibung vor. Er beantragte drei Jahre Gefängnis und Aberkennung der Ehrenrechte. Die beiden Verteidiger plädierten für Freispruch. Während Rechtsanwalt Böhm rechtsphilosophische Ausführungen über das Ergebnis der Beweisaufnahme macht, beleuchtete Rechtsanwalt Lichtenstein die sozialpolitische Seite.

Nach mehr als zweistündiger Beratung verkündete das Gericht abends acht Uhr das Urteil: Frau Johanna Albrecht wird wegen gewerbsmäßiger Abtreibung

zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die erlittene Unteruchungshaft wird angerechnet. Nach Verhängung von weiteren sechs Monaten tritt für den Rest der Strafe Strafaussetzung auf fünf Jahre und bei guter Führung Erlass der Strafe ein.

Obwohl schon im Laufe der Verhandlungen das Gerichtsgebäude unter starkem polizeilichen Schutz stand, rückte am Sonnabend abend während der Urteilsberatung eine ganze Hundertschaft heran und verteilte sich vor und in dem Gerichtsgebäude. Die Strafen wurden abgeperzt und im Hof des Gerichtsgebäudes blieben 30 berittene Schutzpolizisten im Hinterhalt, um dann nach der Urteilsverkündung gegen die Demonstranten vorzugehen. Trotzdem wurden in aller Ruhe wieder

große Demonstrationen

gegen die Abtreibungsparagraphen durchgeführt. Es kam aber zu keinerlei Zwischenfällen.

Das Gericht hatte nach dem Buchstaben des Gesetzes zu urteilen, der Staatsanwalt von Amtswegen anzulagen. Stellt man dies in Rechnung, dann muß gesagt werden, daß das Urteil nicht Frau Albrecht, sondern die Schandparagraphen, die verurteilt wurden. Frau Albrecht war keine solche Kurpfuscherin. Hätte sie ihre Eltern besser ausgeführt, so wäre sie vielleicht Arztin geworden, müßte täglich den Kampf zwischen ihrer Ueberzeugung und den starken Buchstaben des Gesetzes mit sich ausfechten. Sie war aber nur eine Proletarierin, kam als solche in die gleiche Lage und half, half aus innerster Ueberzeugung, protestierte in der Tat gegen die Unwahrscheinlichkeit unseres gesellschaftlichen Lebens, das im Gesetz verbietet, was nicht zu verbotenen ist, solange Frauen nicht nur Gebärmärschneidern sein wollen, solange noch unvernünftiger Gesetzesbestimmungen die Verbreitung von Vorbeugungsmitteln erschwert.

Die Richter hatten ein schweres Amt. Es muß ihnen bestätigt werden, daß — unbeschadet ihrer eigenen Einstellung zu der Krage — sie diesem Amt gerecht wurden. Tatsächlich hat Frau Albrecht 144 Schwangerschaftsunterbrechungen vorgenommen. Das Gesetz ermöglichte schwere Justizstrafe. Man hat sie tatsächlich zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das ist ethe vielleicht ungewollte Demonstration gegen die §§ 218/19. Frau Albrecht hat ein schweres Los zu tragen. Sie wird es tragen und das Bewußtsein haben können, daß sie über die Einzelhilfe hinaus das Gewissen der Menschheit im schwarzen Oberpelze aufgerüttelt hat, daß die Position der §§ 218/19 durch ihren Prozeß mehr erschüttert wurde.

Merkwürdige Begründung zu einem milden Urteil Abschluß des Schweidniger Prozesses

Keine Strafen — Kein Landfriedensbruch — Aber „eheliche Begeisterung“ als Milderungsgrund — Ein Führungsattest für Adolf — Die Ueberfallenen sind schuld

Im Schweidniger Nazis-Prozess wurde am Sonnabend vormittag das Urteil gefällt. Es wurden verurteilt: Weigner zu drei Tagen, Trejczak zu einer Woche, Herda zu einer Woche, Josef Kubissa zu einer Woche, Gieble zu einer Woche, Giesel zu einer Woche, Brommer zu zwei Wochen, Albrecht zu zwei Wochen, Köhler zu drei Wochen, Klose zu sechs Wochen, Kubisa zu einem Monat, Mag Kubissa zu zwei Monaten und Thiemann zu fünf Monaten Gefängnis. Freigesprochen wurde Schneider.

Diese Bewegung hätte überhaupt nicht eine solche Ausbreitung annehmen können, wenn die politische Aktivität großer Teile des deutschen Volkes nicht eine so ungeheuerliche wäre. Schreibt die Breslauer Zeitung in einem Leitartikel der Sonntag-Ausgabe. In diese großen Kreise wird man auch die Richter und Schöffen der Schweidniger Strafammer ziehen müssen, die nicht nur den Landfriedensbruch der Nazis ablehnen, sondern es auch noch für erforderlich hielten, den Adolf Hitler in der Begründung ein besonders gutes Zeugnis auszustellen, ihm ohne Not zu unterstellen, daß er „ausdrücklich, ehelicher Weise gewiß auch von verwerflichen Urteilen der Angeklagten abgerückt wäre“. Abgesehen davon, daß hier ein politischer wie menschlicher Sehfehler vorliegt,

scheint dem Herrn Vorsitzenden von Loefen nicht mehr ernstlich zu sein, daß es auch einmal eine Hitler-Putsch gab, daß während dieses Putsches sozialdemokratische Politiker, einschließlich des damaligen Bürgermeisters von München, in aller Gemütsruhe abgeschlachtet werden sollten. Nur dem Zufall, der Zufälligkeit der Putschaktion und der Angst vor der sichtlich kommenden Niederlage ist es zu danken, wenn damals die bereits verhafteten und abtransportierten Todesandidaten mit dem Leben davonkamen. Das war auch das Werk Hitlers. Wer die große Rassist in München miterlebt hat, weiß genau, daß dieser Mann vor nichts zurückzureden würde, daß es zur Methode ist, zur Geistesverfassung dieser Bewegung aus den Augen geratener Kleinbürgerkretums gehört, Gewalt anzuwenden.

Uebrigens haben ja die Herren Angeklagten während der Verhandlung ganz nette Kostproben ihrer Umgangsformen gegeben. Keinem sozialdemokratischen oder kommunistischen Arbeiter wäre das durchgegangen, was diesen Desperados durchging. Ordnungstrafen, die erst nach einer überschlafenen Nacht verhängt werden, Sitzungsunterbrechungen, die von den Angeklagten unter Anführung eines Rechtsanwaltes erzwungen werden, ohne daß von den reichlich zu Gebote stehenden polizeilichen Machtmitteln Gebrauch gemacht wird, waren das Charakteristikum der Verhandlungsführung, das Lob auf Adolf Hitler ist das Charakteristikum dieses Klassenurteils zugunsten der schwarzen Hundert des deutschen Bürgerkretums.

Wir sind keine Nationalisten, wir sind „Marxisten“. Wir sind auch durch die pathetisch irrische Betonung dieses Wortes, wie es Herr Frank zumißt beliebt, nicht getroffen, und wir sind als „Marxisten“ keine Freunde der Rechtsprechung nach dem Prinzip der „gerechten Vergeltung“. Nicht die sächerliche Milderkeit der ausgeworfenen Strafen stört uns daher in erster Linie an diesem Urteil, sondern die Begründung, die den organisierten Ueberfall in eine Wirtschaftskrise fähigt und den Reichsbannerleuten womöglich noch — das was aus der mündlichen Urteilsbegründung herauszuhören — nach die Schuld des Beginns des Kampfes in die Schuhe zu schieben versucht. Wir verkennen nicht, daß wir Partei sind, wir verkennen nicht, daß Richter nicht von unseren Gesichtspunkten ausgehen konnten. Aber die Verhandlung der zweiten Instanz gab Handhabe genug, um auch juristisch festzustellen, was für den gesunden Menschenverstand schon längst erwiesen war. Woher Landgerichtsdirektor v. Loefen das moralische Recht nimmt, dem Verammelungsleiter, Genossen Hoppe, in der Urteilsbegründung den Vorwurf mangelnder Energie zu machen, ist mehr wie unverständlich. Loefen selbst hatte wahrlich andere Mittel zur Hand, keine lobende Verammelung vor sich; trotzdem kam er gegen die Angeklagten, nur ein Bruchteil der Rabaukmacher aus dem Volksgarten, nicht auf.

Jene übertriebene Objektivität, die notwendigerweise zur partiellen Subjektivität wird, hat das Gericht zu geradezu wahnwitzigen Schlussfolgerungen geführt. Der „große Unbekannte“, der den ach so gestützten Herrn Lütt geschlagen haben soll, wird einfach ein Sozialdemokrat angekreidet, den Anlaß hätten sowohl Sozialdemokraten wie Nazis gegeben — auf diese Weise blieb dann in der merkwürdigen Logik dieses Urteils Raum dafür, den nazistischen Prügelhelden ihren „von glühender Begeisterung getragenen Idealismus“ als mildernd zu vermerken. „Glühende Begeisterung“ ist also ein mildernder Umstand, wenn man die politische Auseinandersetzung in der Form des Kampfes austrägt, wenn man sich aus ganz willkürlichen Gründen zusammenschließt, um mit den Fäusten zu befeuern, was der Geist nicht vermag, wobei so nebenbei Uhren und Aktenakten verknirschen.

Die Richter in Schweidniz werden es unserem juristischen Unverständnis zugute halten müssen, daß wir dies nicht verstehen. Um so weniger verstehen, als ja Verammelungsprozeduren doch angenommen werden mußte.

Der rechtliche Schwerpunkt dieses Urteils liegt u. E. in der Frage, welches Rechtsgut war zu schützen? Die Antwort kann nur lauten, Wahrung der verfassungsmäßig gewährleisteten Verammelungsfreiheit und Wahrung des Landfriedens. Ist dieses Rechtsgut geschützt worden? Nein. Der Landfriedensbruch — man glaubt also höchlich aber will glauben, daß die Herren Nazis nur zum Spaschergnügen aus Waldburg, Breslau, Striegau, Dels usw. nach Schweidniz zu einer sozialdemokratischen Verammelung gefahren sind — wurde vermerkt, die Verammelungsprozeduren mit sächerlich geringen Strafen belegt. Für drei Tage Gefängnis wird sich Herr Weigner unbedenklich wieder einmal in eine Verammelung begeben wo er dann „provoziert“, bedrängten Kameraden aus der Provinz zu Hilfe eilen wird.

Wenn Recht und Gericht die organisierte Arbeiterschaft nicht vor herartigen Gesetzesverletzungen zu schützen imstande sind, dann wird nur eine Folgerung möglich sein — Selbsthilfe. Nach gibt es über vier Millionen freigewerkschaftliche Arbeiter in Deutschland. Sie werden sich ihre Rechte auch dann nicht verarmern lassen, wenn die hierzu berufenen Behörden versagen.

Die Polizei hatte den Angeklagten im Gerichtsgebäude die Hafentreuquabellen abgenommen. Als die Verhandlung zu Ende war und die Herrschaften triumphierend das Lokal verlassen, wurden sie draußen von ihren Gefinnungsfreunden mit Hells empfangen und die Polizei entsprechend angepöbelt; eine hübsche Illustration zu der Urteilsbegründung. Hoffentlich haben die Richter sie sich nicht entgehen lassen.

Nazi-Redner vor Gericht

Türk-Görlitz freigesprochen

Wegen Beleidigung des ehemaligen Innenministers Erzieslinski hatte sich dieser Tage der Landwirt Türk vor dem Weigertzer Schöffengericht zu verantworten. Er hatte am 28. November und 6. Dezember vorigen Jahres in Odenberg und Pilgramsdorf im Auftrag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Vorträge gehalten. In diesen entwickelte er das Parteiprogramm, ging auf die Judenfrage im allgemeinen ein und betonte, daß ein gewisser Prozentsatz von Juden an hervorragenden Stellen in der Regierung liege. Schließlich behandelte er die Abkammerung des preussischen Innenministers Erzieslinski, den er als uneheliches Kind eines Juden bezeichnete.

Der Oberstaatsanwalt hielt den Tatbestand der Anklage für erfüllt und beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Gericht aber sah diese freundliche Äußerung nicht als Beleidigung an; sie wäre ja auch keine, wenn man dem Nazirebner das normale Begriffsvermögen unterstellt hätte. Unverständlich bleibt es aber, daß dies eben nicht der Fall ist, daß in der Urteilsbegründung weiter gesagt wurde, im Eventualfall sei Türk die Wahrung berechtigter Interessen in den Verbilligen, Nazi-Verleumdungen gegen einen Politiker in den Begriff der Wahrung berechtigter Interessen einzuordnen, das bedeutet einen sehr behauerlichen Mangel aktueller politischer Information unserer Gerichtsbarkeit. Der Staatsanwalt legte daher gegen dieses Urteil auch sofort Berufung ein.

Hände hoch

Banditenüberfall an der Straßenbahnhaltestelle

In Beuthen OS. wurde die Kantinenwirtin der Hayscharley-Grube abends gegen 11 Uhr in der Nähe einer Straßenbahnhaltestelle überfallen und mit nargehaltenem Revolver um 600 Mark beraubt. Die Banditen, die schwarze Gesichtsmasken trugen, verschwanden mit einem Auto und konnten bisher nicht ermittelt werden. Anscheinend nahmen sie an, daß die Wirtin am Lohnstage eine größere Summe bei sich führen würde.

Unser Verlust Ihr Gewinn

Speier

Nur noch kurze Zeit können Sie die unglaublich spottbilligen Speier-Schuhe im Saison-Ausverkauf kaufen.

Schweidnitzerstr. 3-4 Odenberg 17
Schuh-Unternehmen größte Sills - Verkaufsstellen in allen Städten

0.85	Belge caramel Damen-Spangenschuh, in besonders hübscher Vorderform, leicht Ago verarbeitet, ein Vermittlungsschuh, wie Sie ihn sich wünschen	7.90
1.50	Grat heilige Damen-Spangenschuh, mit dunkelblauer Dattrellen und überrotem halbhohen geschweiften Absatz, damit Linienführung, gute Qualität	7.90
3.70	Vornehm, schwarz Lack-Damen-Kin-Spangenschuh, a. gu. Material u. feiner Stoppverlebung, mit halbhohem Dieckels, waldedoppelt, sehr beliebte, polierbar, nur Vornehm, schwarzer Lack - Damen-Spangenschuh in seiner Ago-Verarb. mit bl. Glanzverlebung, sehr schön, Modell, nur Damen-Spangenschuh	8.90
3.90	schwarz, mit miralbeige Spangenschuh, sehr schön, Modell, nur Damen-Spangenschuh	9.50
4.90	schwarz, mit miralbeige Spangenschuh, sehr schön, Modell, nur Damen-Spangenschuh	9.50
5.90	schwarz, mit miralbeige Spangenschuh, sehr schön, Modell, nur Damen-Spangenschuh	11.90
6.90	schwarz, mit miralbeige Spangenschuh, sehr schön, Modell, nur Damen-Spangenschuh	

Wer hat Frau Meusdörffer ermordet?

Heute Prozeßbeginn in Kulmbach

Heute beginnt in Kulmbach die Verhandlung, die das Mordgeheimnis um die Wille Meusdörffer klären soll. Unter Anklage stehen die Arbeiter Schubert und Popp.

Ein englischer Privatdetektiv namens Bernard Kollert wurde zur Zeit der Polizeiuutersuchung des Falles Meusdörffer im Februar dieses Jahres gemeldet — weils als Privatmann in Kulmbach in Nordbayern und beteiligte sich an den Nachforschungen nach dem oder den Schuldigen, die den Mord an Frau Meusdörffer begangen hatten. Es gelang dem Landsmann des großen Sherlock Holmes, einige kleine, allerdings nicht sehr wichtige Entdeckungen zu den Akten der Staatsanwaltschaft beizubringen. Ungekannt und ungerufen war er in Kulmbach auftaucht, keiner hielt ihn fürst, als er eines Tages wieder ging und klanglos verschwand.

War der komplizierte Kriminalfall Meusdörffer ihm noch nicht kompliziert genug, um seine detektivischen Fähigkeiten mit höherem Aufwand an Energie und Schweiß zu erproben? Schwerlich, denn die Geschichte der Wille Meusdörffer, soweit sie ins öffentliche Licht der Öffentlichkeit gerückt wurde, hatte keinen Geheimnis, weit des Geheimnisses von einem Detektiv.

In einer Novembernacht liegt die Frau des Brauereidirektors Meusdörffer tot in ihrem Bett. Ihre Hände sind gefesselt, die Todesursache ist zunächst nicht feststellbar. Der Verleumdung des Mordes fällt auf den Kommerzienrat, ihren Mann. Er ist an jenem Abend in seinem Stammtisch, behauptet um 11 Uhr im Hause gekommen zu sein. Schwer bestrafte ihn sein eigenes liches Verhalten zur Zeit, als er die Tote entdeckte: Er lagte sie gefesselt liegen, geht ins Wohnzimmer, trinkt gemütlich ein paar Gläser Bier, legt sich dann schlafen. Erst am Morgen wird die Polizei alarmiert. Sie verhaftet ihn. Da plötzlich acht Wochen später, tauchen zwei Arbeiter mit Namen Popp und Schubert auf, die behaupten, Frau Meusdörffer ermordet zu haben! Der eine von ihnen erhält im Einzelverhör, mit dem Untersuchungsrichter, für sein Geständnis die Summe von 6000 Mark. Eine Zeit später widerrufen beide Arbeiter ihr Geständnis im dem Umfang. Der Staatsanwalt prüft ihre Angaben, Schubert und Popp werden freigelassen. Meusdörffer leugnet noch immer, und man gerichtet der sonderbarste Zufall des Kulmbacher Mordes: die Mutter des Arbeiters Popp, die früher Dienstmädchen bei Meusdörffer gewesen war, wird das Opfer einer Explosion in dem Haus, das sie mit den Schuberts zusammen wohnte. Zugleich mit neuen Zeugen, die beide Arbeiter über belasten, treten nunmehr Gerichtsachverständige auf, die an Meusdörffers Todesursache als eine natürliche bezeichnen; sie sei von ihrem Tode nur gefesselt worden. Andere Sachverständige wieder erklären, sie sei „zweifelslos erwürgt worden.“ Das ist, in arabischen Urteilen, die geheimnisvolle Geschichte Kulmbacher Mordes, in dem noch der Mörder fehlt. Heute beginnt der große Prozeß, der die Aufklärung bringen soll. Wenn die Mörder geschicht, wird er der harrenden Öffentlichkeit aber die Aufklärung oder schuldig bleiben. Noch immer tappt die Polizei, die Staatsanwaltschaft, das Gericht im Dunkeln. —

hans weggeschüttet worden sind, womit das wichtigste Beweismaterial, das zur Klärung der Katastrophe führen kann, vernichtet worden ist. Außerdem müßte der Vorwurf erhoben werden, daß das in Lübeck angewandte Präparat vorher nicht an Tiere verfüttert worden ist. Das unverständliche Verhalten Professor Doydes versucht Professor Haendel durch die „Erregung“ zu erklären, in der sich dieser Arzt nach Ausbruch der Katastrophe befand. Dem Calmette-Verfahren gegenüber selbst bewahrt das Reichsgesundheitsamt Zurückhaltung.

Neuerdings starben wieder zwei Kinder als Opfer der Fütterung mit dem Tuberkulose Serum. Damit ist die Ziffer der Toten der Lübecker Katastrophe auf 50 gestiegen. Nach dem Bericht des Gesundheitsamts sind außerdem 69 Kinder krank, 74 gebessert und 59 gesund bzw. in ärztlicher Beobachtung.

Jan Stubić,



der hervorragende tschechische Geigenvirtuose, der seiner glänzenden Technik wegen von der gesamten Kulturwelt gefeiert wird, wurde am 5. Juli fünfzig Jahre alt.

Die nackte Frau im Auto

Hat sich Frau Hej selbst angezogen?

Die Berliner Kriminalpolizei rechnet mit der Möglichkeit, daß der nächtliche Autouberfall zwischen Potsdam und Rehbrücke auf die ihres Geldes und ihrer Kleider beraubte Frau Hej von ihr selbst inszeniert wurde, da sie sich in ihren Schilderungen über den merkwürdigen Vorgang in erhebliche Widersprüche verwickelt hat. Ihre Angaben sind nämlich mit den Befundungen des bekannten Meisters Herold, der die Edele des angeblichen Raubüberfalls zwischen Potsdam und Rehbrücke in der kritischen Zeit in seinem Wagen parkiert hat, nicht in Einklang zu bringen. Sie sollte am Tage vor dem Raubüberfall an einem ihrer Gläubiger einen Betrag von 3000 Mark zahlen, was

sie jedoch nicht tat. Dieser Betrag ist ihr angeblich in der folgenden Nacht geraubt worden.

Ein Freiballon abgestürzt

Der bei einem Freiballonwettbewerb am Sonnabend morgen in der Nähe des Flughafens Buchweilerhof außer Wettbewerb ausgelegene Freiballon „Röln“ mußte infolge einer Gewitterstürme in Böln-Poll eine Notlandung vornehmen. Der Druck von oben war so stark, daß, obwohl zehn Sad Ballast abgeworfen wurden, der Ballonführer den Abstieg nicht mehr verhindern konnte. Bei dem Sturz wurden der Führer und die beiden Mitfahrer Kabel und Schuster leicht verletzt. Der vierte Mitfahrer Justizrat Deussen aus Krefeld erlitt innere Verletzungen und einen Bruch der Schädelkapsel. Er ist im Laufe des Vormittags seinen Verletzungen erlegen.

„Separatisten“-Belagerung bei Wiesbaden

In dem Wiesbadener Vorort Klappenheim kam es am Sonnabend früh bei einer Demonstration gegen einen angeblich früheren Separatisten zu einer Schießerei. Zahlreiche Personen zogen vor das Haus des Landwirts Kunz, der vor sieben Jahren während des letzten Weltkrieges in engen Beziehungen zu den Franzosen gestanden haben soll, und bewarfen es mit Steinen. Kunz und drei Söhne erwiderten das Steinbombardement mit scharfen Schüssen. Auch die Feuerwache und die Schutzpolizei wurde mit Feuer empfangen. Als diese ebenfalls schossen, ergab sich Kunz. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, Kunz und seine Söhne vor der Lynchjustiz des entseelten Volks zu schützen. Bei der Durchsuchung des Hauses wurden eine größere Anzahl von Schusswaffen, sowie Munition gefunden, was allerdings angesichts der Vorgänge der letzten Tage nicht verwunderlich erscheint.

Großfeuer in Danzig

Am Sonnabend brach in der Möbelfabrik Schreindl in Danzig-Pangjuch aus bisher noch nicht festgestellter Ursache ein Feuer aus, das infolge der Trockenheit und des herrschenden Windes in kurzer Zeit das einstöckige Fabrikgebäude in Flammen hüllte. Das Feuer fand an den vollgefüllten Lagerräumen reiche Nahrung. Das Fabrikgebäude selbst ist im Innern vollkommen ausgebrannt und der Dachstuhl eingestürzt. Der Schaden wird auf über eine Million Danziger Gulden geschätzt.

Brandkatastrophe in der Slowakei

Drei Tote, neun Verletzte

In der kleinen Gemeinde Gerlachov bei Bratislava in der Slowakei brach ein Brand aus, der 48 Häuser mit allen Nebengebäuden, also fast das ganze Dorf, einäscherte. Da die Bewohner auf den Feldern arbeiteten, konnten die Rettungsmittel nicht gleich aufgenommen werden. Drei Personen sind tödlich verunglückt, neun Personen erlitten schwere Brandwunden, und fast das ganze Vieh ist in den Ställen verbrannt.

Bootsunglück im Schwarzen Meer

16 Tote

Ein schweres Bootsunglück, bei dem 16 Todesopfer zu beklagen sind, ereignete sich bei der Ausrichtung einer Touristen-gesellschaft, die archäologische Ausgrabungen in Olviopol bei Odessa betreiben wollten. Das Boot kenterte und die 45 Insassen fürzten ins Wasser; nur 29 konnten gerettet werden.

Berurteilung Jollers

Der Flugzeugkonstrukteur Joller wurde zu 300 Dollar Geldstrafe verurteilt, weil er Kunstflüge ausgeführt hat, obwohl er kein amerikanisches Führerzeugnis besitzt. Joller hatte die Flüge bekanntlich in der Begeisterung über den erfolgreichen Flug der „Southern Cross“ ausgeführt.

John de Rays Fahrt durch die Welt

Die Münchener hatten ihn für kriminell

Von der Münchener Polizeidirektion ist in Salzburg ein Bericht über den amerikanischen Pseudomilitär John de Ray angelangt, aus dem hervorgeht, daß er wohl weniger ein Betrüger, als ein gemeingefährlicher Trer ist.

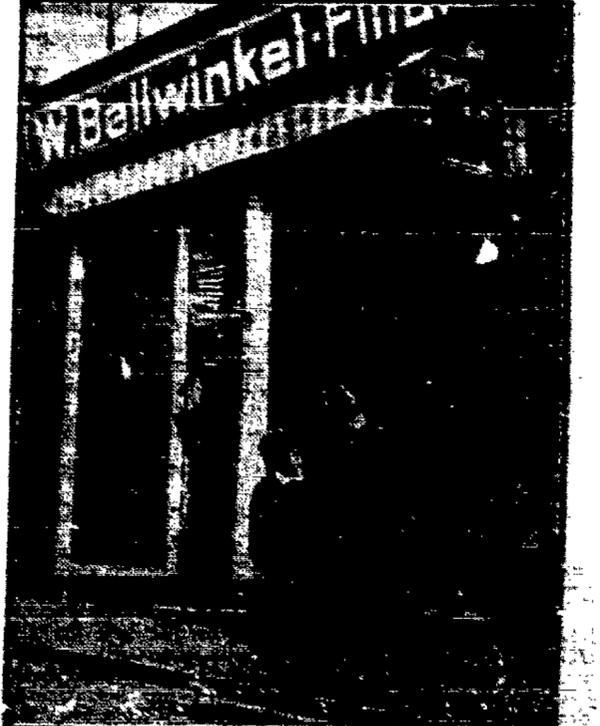
De Ray kam im November 1923 nach München und mietete — wie auch schon ehemals in der Schweiz — dort von einem Erbprinzen eine fürstlich eingerichtete Villa und umgab sich mit einer dreißigköpfigen Dienerschaft. Seine beiden Söhne zirkelten in den Straßen Münchens auf Autos herum. John de Ray verfügte damals über viel Geld und kam allen seinen Verpflichtungen pünktlich nach. Der Mietpreis für die Villa betrug allein 3000 Mark im Monat. De Ray erzählte damals, daß er von der tschechischen Regierung beauftragt wurde, da er mit ihr wegen der Konzeptionen für Delfinder in Wien und wegen seiner Beziehungen zu der mexikanischen Revolutionserregung Guertas in einen „Konflikt“ geraten sei. Er suchte sogar beim Münchener Polizeipräsidenten um Schutz an und behauptete, daß ihm Samjatemiffäre und Agenten der C.F.A. nach dem Leben trachteten.

Dann machte er dem russischen Zepplin in Friedriehshafen und Dr. Götter den Vorschlag, den Bau von zwei Zepplinen zu finanzieren, die die Welt umfliegen sollten, um gegen den beschallten Friedensvertrag zu demonstrieren. Es kam zu Verhandlungen, doch erkannte man in Friedriehshafen, daß man es mit einem Hypochonther zu tun habe.

Ende 1923 läßt John de Ray seinen Münchener Haushalt auf und reiste mit seiner Familie nach Washington und New York. Im Februar 1929 kam er wieder nach Europa und hielt sich zuerst in Paris, dann in Berlin auf. Im Frühjahr hat er dann keine große Reise nach Kleinasien und Mesopotamien unternommen und lehrt über den Balkan und Ostpreußen nach München zurück. Vor vier Wochen kam er in München an; zu dieser Zeit Meint die Gestaltlosigkeit voll angedeutet zu sein. De Ray, der sich bereits in Selbstmordgedanken befand, begann von seinen Beziehungen zum König von Albanien und zu dem Sultan Ismail von Irak zu erzählen. Da er zweimal einen Selbstmordversuch erlitt, veranlaßte die Münchener Polizei auf Antrag seiner Frau seine Überführung in eine psychiatrische An-

stalt. Von dort wurde er am 8. Juni nach zehntägigem Aufenthalt entlassen und reiste mit seiner Familie nach Schliersee, wo er bis 18. Juni blieb. Am 19. Juni kam er nach Salzburg, wo er jetzt festgenommen wurde.

So haßten sie



Solange der nationalsozialistischen Ausrichtungen gegen angeblich ehemalige Separatisten, die von der gesamten deutschen Bevölkerung als „Verräter“ der empörten Bevölkerung betrachtet werden.

Der Kindermord in Lübeck

Gutachten des Reichsgesundheitsamtes

Die im Auftrage des Reichsgesundheitsamtes nach dem entstandene Kommission, der Prof. Dr. Haendel, Direktor der bakteriologischen Abteilung, Prof. Dr. Lubjanski, Dr. Lange vom Robert-Koch-Institut und Dr. Mühlberg von dem gleichen Institut angehören, ist nunmehr in Berlin zurückgekehrt und hat über das Ergebnis ihrer Lübecker Feststellungen über die Ursachen der Calmette-Katastrophe Bericht erstattet.

Es ist danach so gut wie endgültig bestätigt, daß das Calmette-Mittel in ordnungsmäßigem Zustand nach Lübeck gekommen ist, dort aber verunreinigt wurde, wodurch das Fütterungsmaterial mit tödlichen Keimen verunreinigt worden ist. Außerdem wurden in Lübeck erhebliche Schäden zur Weiterzuchtung der Kulturen verzeichnet als sie von Professor Calmette vorgeschrieben wurden. Bestätigt wird fernerhin das jahrelange, verwerfliche Verhalten des Professors Doydes, welches nach Bekanntwerden der ersten Todesfälle verabschiedet hat, das an die Gehammen und Kerze auszubehende lebensgefährliche Calmette-Präparat sofort zu injizieren. Endlich wurde bestätigt, daß die Reste des tödlichen Calmette-Mittels im Lübecker Krankenhaus

Kampf gegen den Weltbrand in Eibach



der Orientbebauung Heide bei Dessau 450 Mann und nicht weniger. Zur Bekämpfung des Feuers war es notwendig, die wir beim Ziehen von Seilen seinen Feuerwehrrückzug — im ganzen 2000 Personen — einsetzte.

Abund zur Gehaltsentzug bei Nord-West

Der Kfz-Bundessekretär hat zur Gehaltsentzugsgestaltung der Unternehmer durch folgende Auslegung Stellung genommen:

Im Bereich der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie haben die Unternehmer am 30. Juni 1930 etwa 50.000 Kugeln gestellt, um volle Freiheit für einen Abbau der Gehälter zu gewinnen. Schon jetzt zeigt sich, daß diese Maßnahme in ganz Deutschland Schule macht, und zahlreiche Kündigungen von Tarifverträgen seitens der Unternehmer stehen unmittelbar bevor. Die Unternehmerräte glauben „neue Wege“ für die Gewerkschaften und Sozialpolitik weisen zu können, indem sie offen über die Senkung der Gehaltszulagen hinaus einen Abbau der Tariflöhne fordern. Dabei besteht die große Gefahr, daß die zunächst nur formelle Kündigung der Gehaltszulagen zugleich dazu ausgenutzt wird, am Ende des Jahres Entlassungen in großem Stille vorzunehmen.

Die freien Angestelltenverbände werden mit allen Mitteln jeden Einbruch in ihre Tarifverträge zu verhindern wissen. Sie verlangen vom Reichsarbeitsminister als dem berufenen Hüter des kollektiven Arbeitsrechtes, daß er das ihm anvertraute Schlichtungsamt nicht dazu mißbraucht, die Tarifverträge einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuladen, sondern seiner Bestimmung entsprechend anwendet, um wenigstens das Realeinkommen der Angestellten zu halten und zu sichern. Die Reichsregierung hat zwar eine allgemeine Senkung der Produktionskosten versprochen, der Abbau stellt aber fest, daß der Gehaltsabbau bereits auf der ganzen Linie im Gange ist, während die Preisentzug nur zögernd und unzureichend folgt. Das Reichswirtschaftsministerium hat bisher bei verhängnisvoller Entwicklung der Kartellpreise untätig zugehört. Es hat nicht nur die früher von den freien Gewerkschaften bereits erhobene Forderung nach Ausbau der Kartellverordnung unbeachtet gelassen, sondern es hat nicht einmal von den Kontroll- und Einspruchsmöglichkeiten Gebrauch gemacht, die ihm schon die bisher geltende Gesetzgebung gestattet.

Die freien Angestelltenverbände fordern von der Reichsregierung, daß alle mit öffentlichen Mitteln und Aufträgen unterstützten Unternehmen angehalten werden, mit der Preisentzug voranzugehen. Sie erwarten aktive Maßnahmen gegen die monopolistische Preisüberhöhung, gegen Überbetriebe der Handelspreise, gegen alle Hemmnisse der Kapitalbeschaffung der öffentlichen Hand; vor allem fordern sie baldige und energische Inangriffnahme der in Aussicht gestellten öffentlichen Arbeiten.

Die Lage in Nordwest ist unverändert. In den Städten Rülshheim, Geseffingen, Bochum, Düsseldorf und Hagen wird noch in dem Umfange wie am Freitag gearbeitet. Die Verhandlungen sind noch nirgends zu einem Abschluß gekommen. Der Versuch im Hespener Eisenwerk in Hagen, die Meister an der Wagenschraube einzulegen, ist an deren Widerstand gescheitert.

Lohnherabsetzung in der amerikanischen Automobilindustrie

Die Chrysler-Automobilgesellschaft kündigt eine allgemeine zehnprozentige Herabsetzung aller Löhne und Gehälter, einschließlich des Gehalts des Präsidenten, an. Als Grund für diese Maßnahme wird die gegenwärtig schlechte wirtschaftliche Lage angeführt.

Rechtsopposition in den Sowjetgewerkschaften

Die Reuwalder der Eisenbahngewerkschaften in der Ukraine haben in zahlreichen Fällen zur Wahl von rechtsoppositionellen Vertretern geführt. Die Zentrale des ukrainischen Gewerkschaftsverbandes hat sich daraufhin genötigt gesehen, die Wahlen für nichtig zu erklären und nochmalige Wahlen anzuordnen. An Orten, wo gegenwärtig mit einem vorläufigen Verlauf der Wahlen nicht zu rechnen ist, sind sie auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Die Exekutive der Fabrikarbeiter-Internationale

Während dieser Tage in Dresden eine Sitzung ab. Wie der internationale Sekretär de Jonge-Amsterdam mitteilte, liegt die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände im vergangenen Jahre um 40.000 auf 593.000. Die Verschmelzung des deutschen und des tschechischen Fabrikarbeiterverbandes in der Tschechoslowakei ist bis jetzt noch nicht geklärt. In England stehen trotz des Anschlusses zweier Verbände noch zehntausende von Fabrikarbeitern außerhalb der Internationale. In Frankreich sollen die beiden Gewerkschaftsverbände der

Papier- und der chemischen Industrie zu einem Fabrikarbeiterverband vereinigt werden. Der Organisierung der Arbeiter in der Zündholindustrie wird künftig besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Finanzlage der Internationale wurde in der Aussprache als befriedigend bezeichnet. Die Vorstände der tschechischen und der tschechischen Internationalen werden zwecks Besprechung der Vereinigungsbestrebungen zu einer gemeinsamen Tagung zusammenberufen werden.

Verammlung der Bauarbeiter-Schutzkommission Breslau

Am 28. Juni hatte die Bauarbeiter-Schutzkommission zu einer Verammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses eingeladen, in welcher der Kollege Robert Sachs-Berlin sprach über „die Bauarbeiter in der Abwehr ihrer Vorfahrt“. Der Verammlungsleiter, Kollege Meise vom Baugewerksbund, brachte einleitend zum Ausdruck, daß trotz der Wirtschaftskrise und der großen Arbeitslosigkeit wir uns veranlaßt fühlen, die am Bau tätigen Kollegen durch die Bauarbeiter-Schutzkommission wieder einmal zusammenzuführen, da, anscheinend hervorgerufen durch die Wirtschaftskrise, auf Leben und Gesundheit der am Bau Arbeitenden weniger als bisher gesehen wird. Kollege Sachs knüpfte daran an und zeigte, daß gerade in solchen die Unfallrisiken im Baugewerbe besonders hohe sind. Er habe schon in der Landeskonferenz darauf verwiesen, daß im vorigen Jahre vier tödliche Unfälle pro Tag innerhalb des Deutschen Reiches zu verzeichnen sind. In Schlesien kommen auf 1000 Bauarbeiter 90 leichte und 7 schwere Unfälle, wie überhaupt die Prozentziffer der Unfälle in Schlesien am höchsten ist. Es muß immer wieder die Aufgabe der örtlichen Bauarbeiter-Schutzkommissionen sein, Berufsgenossenschaften und Behörden auf diesen Umstand hinzuweisen und sich keinesfalls durch irgendwelche Einschüchterungsversuche davon abbringen zu lassen. Gewiß ist zu verstehen, daß in der heutigen Zeit die Kollegenschaft glaubt, dem Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit nicht die notwendige Aufmerksamkeit schenken zu dürfen, weil im Hintergrund immer die Existenzlosigkeit droht. Das einzige Gut jedoch, was der Bauarbeiter hat, ist nun eben diese Gesundheit, und selbst, wenn es vorkommt, daß ein Kollege wegen seines Vorgehens nach dieser Richtung einige Wochen eher entlassen würde, ohne daß man gegen den Unternehmer ankämpfen kann, ist das immer noch besser, als durch einen eintretenden Unfall, der hätte vermieden werden können, Gesundheit oder gar das Leben zu verlieren. Die Bauarbeiter-Schutzkommissionen können von sich aus sagen, daß sie durch

ihre jahrzehntelange Tätigkeit auf ihrem Gebiet unbedingt Schritte verzeichnen dürfen. Gerade jetzt im Zeitalter der Wirtschaftskrise und des Kampfes um den eigenen Arbeitsplatz, aber auch um so ehrenvoller, sind gewiß keine Maßnahmen für den Fortschritt, doch steht nach wie vor der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft und muß es der Bauarbeiter ablehnen, immer wieder Objekt der Wirtschaft und der Produktion zu sein. Erst kommt der Mensch und dann die Rentabilität eines Betriebes, die, wie bemerkt, auch nicht nur allein durch die Anschaffung von Maschinen gewährleistet wird. Es ist unter anderem endlich den Kollegen, die vielen einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften, jede Berufsgenossenschaft für sich besellen hat, durch intensive Arbeit der Gewerkschaften zu vereinheitlichen. Diese einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften haben Geltung für das gesamte Deutsche Reich und zeigen gegenüber den früheren Verordnungen auch in den Bestimmungen selbst einen ganz erheblichen Fortschritt. Es ist ganz besonders darin verankert, die Verpflichtung des Unternehmers, dem Bau- oder Platzbelegten die Zeit seiner Tätigkeit diese Vorschriften auszuhandigen, ein Auszug aus den Bestimmungen an sichtbarer Stelle auf der Baustelle auszuhängen und dem Bau- oder Platzbelegten Gelegenheit zu geben, bei den Kontrollen der Arbeitsplätze und bei den Kontrollen mitzuwirken. Wenn unsere Kollegenschaft nach dieser Richtung arbeitet, so wird dadurch ein ganz erhebliches Maß an Gefahren beseitigt werden können. Unsere nächste Arbeit richtet sich ein auf die Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften im Tiefbau und im Eisenbau. Im Tiefbau werden möglicherweise die Einheitsbestimmungen noch in diesem Jahre fertig werden. Der weitere Blick ist zu richten auf einen einheitlichen Reichsarbeiterschutz überhaupt. Kollege Sachs schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß jedoch die besten Bestimmungen gedruckt auf Papier bleiben, wenn nicht Wille und Tat der Bauarbeiter sich dahinterziehen. Die einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften im Hochbau geben dafür schon eine annehmbare Waffe. Wird es genügt, dann wird auch in Schlesien die Unternehmerkraft durchgezwungen werden, die elementarsten Menschheitsinteressen besser als wie bisher zu schützen.

Der Vortrag wurde mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. In der darauffolgenden Aussprache wurde im großen und ganzen immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die Unternehmerräte glauben, die Zeit reifen zu können. Einzelne Fälle wurden besonders stark hervorgehoben. In seinen Schlusssatz fasste Sachs noch einmal kurz zusammen, um dann an Hand von Lichtbildern besonders die einzelnen Gefahrenquellen im Baugewerbe aufzuzeigen. Seine bei der Vorführung der Lichtbilder gegebenen Erklärungen wurden besonders beifällig aufgenommen. Kollege Meise schloß die Veranstaltung mit dem Hinweis, daß die Kollegenschaft durch ihre Zustimmung zu den Ausführungen von Sachs wohl darzulegen habe, daß sie mehr als bisher den Erfordernissen und den Zielen des Bauarbeiter-Schutzrechtes Rechnung tragen werde.

Steinkohlenförderung 1929



Die Steinkohlenförderung der Welt im Jahre 1929

Anlässlich der Weltkonferenz erhalten die kürzlich veröffentlichten Zahlen der Steinkohlenförderung der Welt besonderes Interesse, denn nach wie vor liefert die Kohle über vier Fünftel der verbrauchten Energie in der Weltwirtschaft. Die Reihenfolge der Staaten, die die größten Steinkohlenproduzenten sind, ergibt folgendes Bild:

	In Millionen Tonnen	1929	1928
Vereinigte Staaten von Amerika	546,1	522,6	
Großbritannien	260,8	241,3	
Deutschland	163,4	150,9	
Frankreich	53,7	51,4	
Polen	42,2	40,6	
Sowjetunion	40,2	34,6	
Japan	32,1	33,5	
Belgien	26,9	27,5	
Indonesien	22,5	21,7	
Tschechoslowakei	16,8	14,6	
Südafrika	13,6	13,1	
Sowjetische Union	12,6	12,2	
Kanada	12,2	12,4	
Niederlande	11,6	10,9	

Saatenstand im Deutschen Reich Anfang Juli 1930

Die vorherrschende Trockenheit und hochsommerliche Hitze hat die Weiterentwicklung der Feldfrüchte vielfach ungünstig beeinflusst. Beim Getreide ist die Blüte noch durchweg gut verlaufen. Beim Wintergetreide zeigen sich aber auf leichten Böden, namentlich in Ost- und Norddeutschland bereits Mirelschäden. In Ost- und westdeutschen Gebieten, wo zeitweilige Niederschläge folgten, wird der Stand des Wintergetreides im allgemeinen günstig beurteilt. Das Sommergetreide hat dagegen infolge unzureichender Niederschläge verschiedentlich gelitten. Im Osten des Reiches ist mehrfach Mirelschaden eingetreten. Die Hackfrüchte sind durchweg gut aufgegangen; ihre Weiterentwicklung wird aber durch die allzu große Trockenheit aufgehalten. In Frühkartoffeln ist eine baldige Ernte zu erwarten. Auf den Ackerern und Wiesen ist der erste Schnitt größtenteils beendet. Der Ertrag ist bei Beschaffenheit nach durchweg gut, der Menge nach zufriedenstellend. Der Nachwuchs ist bei Futterpflanzen und Weiden noch spärlich. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten: 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Saatenlage: Winterroggen 2,6 (Vormonat 2,4), Winterweizen 2,3 (2,3), Wintergerste 2,5 (2,5), Hafer 3,0 (2,8), Frühkartoffeln 2,9 (2,7), Spätkartoffeln 2,9 (2,8), Zuckerrüben 2,9 (2,8), Runkelrüben 2,9 (2,8), Klee 2,7 (2,4), Luzerne 2,4 (2,5), Bewässerungswiesen 2,3 (2,2), andere Wiesen 2,7 (2,5).

Gewerkschaftsliteratur

Die „Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaften, Herausgeber Theodor Reipert, Schriftleitung Lothar Erdmann, Heft 6, 1930, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,00 Mark, für Organisationsmitglieder 2,50 Mark.

In dem letzten Kampf, der gegen den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung in Deutschland geführt wird, ist es eine wertvolle Waffe, die Maßnahmen zu kennen, die für die Arbeitslosen in anderen Ländern getroffen worden sind. In einem Hauptkapitel des Heftes des Sekretärs der Gewerkschaften der britischen Arbeiterpartei, E. Grant, wird die Arbeit der Gewerkschaften in anderen Ländern für die Arbeitslosen in Großbritannien. Was seinen Ausprägungen geht, zeigt, daß die englische Arbeitslosenversicherung gegen die Krise widerstandsfähiger ist, als die deutsche in Deutschland gegen diesen neuen Zweig der Sozialversicherung geführt worden ist.

Dr. G. H. Sigmund, der Verfasser des neuesten Buches über den sozialistischen Staat in Italien, behandelt nun eingehender die Bedeutung des Lebensrechts. Die Sozialpolitik im sozialistischen Staat.

Dr. v. Hagen-Warabekle schreibt in einem Aufsatz über die Bedeutung der Sozialpolitik und die Lage der Sozialpolitik.

Es zeigt auseinander, wie sich für das Bewußtsein der Arbeiter in jenen Anfangsjahren Streik und Organisation auseinander wie Zweck und Mittel verhielten. War dem Zweck (Streik) Gutes geschehen, so erlitten das Mittel, die Organisation, Überflüssigkeit und verlor an Interesse.

Der letzte Aufsatz ist der 1. Teil einer Untersuchung aus der Feder des Altmeisters der holländischen Sozialisten, Ferdinand S. N. L. S., der geklärt auf reiches historisches Material, das insbesondere in dem 2. Teil verarbeitet ist, über den Reichtum und seine Verteilung, ausschließliches, historisches Material, insbesondere für die Vorkriegszeit beibringt.

In der „Rechtshilfe der Arbeit“ berichtet Franz S. J. S. J. in der sozialistischen Arbeit ausführlich über die Besamtsituation, den Arbeitsmarkt, die Finanzen der Reichsanstalt, den Kampf um den Arbeitslosenlohn, die Reform der Krankenversicherung und die Kämpfe gegen das Lohnwunder.

Eine kurze Schriftenübersicht bildet den Schluß des Heftes. „Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Sozialrecht, Sozialversicherung und Soziale Verwaltung“, Schriftleiter Clemens Wepel, Verlagsgesellschaft des A.D.G.B., Berlin S. 14. Postabonnementpreis 1,50 Mark. Gewerkschaftsmitglieder erhalten die Zeitschrift durch Vermittlung ihrer Organisation, durch die Postanstalt des A.D.G.B. und direkt durch den Verlag zum Organisationspreis von 1,20 Mark (inkl.).

Das Heft vom 1. Juli 1930 der Zeitschrift enthält einen Artikel von Dr. v. Hagen-Warabekle, „Die Sozialpolitik des Reiches im Vergleich mit der Sozialpolitik in der Schweiz“, Dr. v. Hagen-Warabekle, „Die Sozialpolitik des Reiches im Vergleich mit der Sozialpolitik in der Schweiz“, Dr. v. Hagen-Warabekle, „Die Sozialpolitik des Reiches im Vergleich mit der Sozialpolitik in der Schweiz“.

Ein Meisterstückchen von „Preisentzug“

leitet sich gegenwärtig, wo alle Welt mit Recht nach Ermäßigung der Zwischenhandelspreise ruft, die Arbeitsgemeinschaft der Berliner Kohlenhändler. In Nr. 26 des Organs der Berliner Kohlenhändler wird nachgewiesen, daß in den Monaten Januar bis Mai 1930 die Stadt Berlin zu Hausbrandzwecken nach den Angaben des Reichlichen Braunkohlenhandels erst 575.000 Tonnen Brennstoffe bezogen hätte, gegen 1,02 Millionen Tonnen im gleichen Zeit des Vorjahres. Daraus wird gefolgert, daß die Berliner Verbraucher im Jahre 1930 bisher eine absolute unzureichende Vorkaufsmenge für den kommenden Winter vorräumt und der Wunsch ausgesprochen, die Verbraucher zu einer größeren Einbindung anzuregen, da sonst für den Winter ungenügende Schwierigkeiten bei der Brennstoffbeschaffung zu erwarten seien.

Kaum daß die Druckerzwänge dieser Aufforderung trodsch geworden ist, erfahren wir die tolle Tatsache, daß dieselbe Arbeitsgemeinschaft der Berliner Kohlenhändler den Sommerpreis für einen Doppeljahren Braunkohlenhandels von 1,60 auf 1,70 Mark und den Winterpreis von 1,85 auf 1,90 Mark erhöht hat, ohne daß irgendeine Verflechtung in den Einkaufspreisen erfolgt wäre. Die Berliner Kohlenhändler erhöhen also fast um 10 Prozent die Preise für den Verbraucher, ohne daß der Verbraucher auf der Höhe der Preise mitbekommt. Die Berliner Kohlenhändler erhöhen also fast um 10 Prozent die Preise für den Verbraucher, ohne daß der Verbraucher auf der Höhe der Preise mitbekommt.

Wäre es ein einfacheres Mittel, wie die Kohlenhändler die Förderung nach Preisentzug auslegt, so hätten sie für sich selbstverständlich, daß das Reichswirtschaftsministerium, das seine Zustimmung zu dieser unerhörten Preisentzug gegeben hat, den Berliner Kohlenhändlern energisch entgegenzutreten hätte.

Plan der dritten Deutschen Kampfspiele

Die Deutschen Kampfspiele sind ausgemacht. Der finanzielle Erfolg steht noch nicht fest. Dafür aber umso einleuchtender der moralische Erfolg. Die Deutsche Arbeiterbewegung braucht nur aufmerksam die bürgerliche Presse zu lesen, um zu sehen, was geistlich wurde.

Wenn die Deutschen Kampfspiele über den Rahmen des reinen Sports hinaus in der Öffentlichkeit bekannt wurden, und wenigstens in Papier eine gewisse Bedeutung erlangten, dann haben die Veranstalter des Festes dies den immer „neutralen“, rechts links „Breslauer Neuesten Nachrichten“ zu verdanken.

Und darum soll gerade dieses Blatt allen Arbeitern, Arbeitenden und auch den fleißigen Arbeiterportierinnen, welche „grober idealer Geist“ der bürgerlichen Welt anheimelnd.

Wir entnehmen den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ aus Ausgabe Nr. 177, vom 2. Juli, folgende Sätze, die unter dem Titel: „Plan der 3. Deutschen Kampfspiele“ abgedruckt sind:

Wenn man rückwärtig die Dinge betrachtet, die in der vergangenen Woche die deutsche Öffentlichkeit und das deutsche Ausland bewegten — weit über den Kreis der reinlich Interessierten hinaus — dann kann man als die erfreulichste Erscheinung zwei Dinge in den Vordergrund stellen: Die Annäherung der Auslandsdeutschen und das erneute Bestehen der in Breslau veranwortet gewordenen deutschen Sportvereine zu den Deutschen Kampfspielen. Die Auslandsdeutschen — das muß mit besonderem Lob betont werden — die Deutschen Kampfspiele an. Ihr Erscheinen in Breslau ist auch dem stärksten Reiz, das die Deutschen Kampfspiele sind als ein alljährliches Sportfest im Großformat, wenn vielmehr ein nationaler Sinn von ganz überlagernder Art inwieweit, den wir nichtdeutsche bisher vielleicht noch im dem großen Umfang erfaßt haben wie unsere Brüder in den Grenzen. Was zunächst des Festes abends in der Festhalle der Zähringerstraße Professor J. e. d. o. r. f. — der im Namen der deutschen Presse in der Tagespresse — über Sinn, Inhalt und Bedeutung der Deutschen Kampfspiele ausführte, war so tiefgründig, so prägnant und vor allem Dingen so von Herzen kommend, daß der Wunsch begab, diese Meisterleistung der Rhetorik an das Ohr der gesamten deutschen Sportwelt dringen zu lassen. Vor allem Dingen an den Teil der Aktiven, die überall in der Welt zu finden sind, nur nicht bei den Deutschen Kampfspiele, die glauben, für das Deutschland auf den Weltbühnen zu kämpfen zu müssen, doch auch bei den, wenn dringende Dingen sie ruft. Es handelte sich diesmal allerdings um den deutschen Sport und nicht um den ferneren in der nächsten Tage Bahnfahrt von der Heimat entfernt. In diesen Tagen des deutschen Sports die Interessen der Auslandsdeutschen; sie sind nur für die großen internationalen Sportfesten und für Weltreisen zukünftig, nicht für die Präsentation in eigenen Vaterlande. Und die Worte des Auslandsdeutschen Journalisten waren zugleich auch eine Mahnung die Art von Reklamblätern, die ihre Heimat verlassen, um sich an Erfolg und Ruhm zu beteiligen, obwohl sie die Heimat ihnen den Weg zur internationalen Beteiligung erst geebnet hat. Man wird Deutschland vielleicht in Angelegenheiten vertreten; doch in Breslau bei den Deutschen Kampfspiele? Nein, mit solchen Befehlsbefehlen gibt man sich nicht ab.

Doch auch die Sportverbände haben sich nicht alle mit der Idee für die Bekämpfung der 3. Deutschen Kampfspiele in Breslau eingelassen, wie man es von ihnen hätte erwarten können. Die Vorsitzenden der großen Verbände sitzen zwar auch in Breslau, doch haben sie es teilweise an jeder Teilnahme, um ihren Beschlüssen die Konsequenz folgen zu lassen, und keinerlei Anlaß genommen, ihre Aktiven an die Deutschen Kampfspiele und dem deutschen Sport überhaupt nachdrücklich zu erinnern. Somit sind diese Instanzen sehr schnell bei der Hand mit Startverboten und ähnlichen Maßnahmen. Doch diesmal hörte man nichts von all diesen Dingen. Ja es gibt sogar einen großen deutschen Sportbund, der den Mut aufbringen wollte — um einer finanziellen Differenz mit der Stadt Breslau willen, die auf ganz am Gehört liegt, und nicht das geringste mit den 3. Deutschen Kampfspiele zu tun hat — seinen Landesverbänden die Bekämpfung der 3. Deutschen Kampfspiele vorzuschlagen. Der Befehl man allerdings einige Bedenken und schied das in der Entwurf vorliegende Rundschreiben nicht heraus, die Tatsache, daß ein Arbeitskollektiven überhaupt in Breslau geübt wurde, spricht Bände für die Eitelkeit, die die Führer zum deutschen Sport haben.

Ein besonderer Dank muß man daher den 11 in den Verbänden die voller Begeisterung und mit ihrer gesamten Streitkräfte nach Breslau gekommen waren, zum Teil auch die Spiele mit ihren Deutschen Meisterkämpfern verbanden und Breslauer Veranstaltung einen doppelten Inhalt gaben. Und wir müssen zum drittenmal den deutsch-deutschen Aktiven zitieren, der ausführte, daß es undenkbar wäre, um einem Deutschen Turnfest nicht alle deutschen Sportler geschlossen vertreten sein würden und unbedenklich, in den Tagen eines Deutschen Turnfestes deutsche Turner im Ausland an den Start gehen würden, wie dies die deutschen Sportler bei der Weltmeisterschaft in Wembley der oder gar bei einem großen deutschen Leichtathletikfest, der es vorzog, den 3. Kampfspiele fernzubleiben und die letzten Tage seine Vereinsmeisterschaften veranstalten.

Da hier eine grundlegende Aenderung erfolgen muß, das ist auch die deutschen Sportführer beunruhigt, die beschließen, Gedanken der Deutschen Kampfspiele unbedingt festzusetzen, jedoch in Zukunft die Deutschen Kampfspiele alle hier mit den Deutschen Meisterkämpfern zu verbinden. Auf diesen Weg sind die Deutschen Kampfspiele ausgerichtet, denn überall hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, die Aktiven der Deutschen Kampfspiele wie wieder eine neue Richtung erweisen dürfen, wie dies 1930 der Fall war.

Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“, die in ihrer letzten Berichterstattung einen sehr großen Teil der Schuld an dem Scheitern der Kampfspiele auf die Verantwortlichen zu nehmen müssen.

Gerade diese ist fälschliche Sportberichterstattung muß ja vorgetragen eingehend und überblicklich machen. Und hier ist es nicht die ganze Idee, die Hohlheit des deutschen Sports, die man am Sonntag zum Schluß so recht deutlich konnte.

Die Idee, nur Breslau, was hat die Geburtsstagsfeier der Arbeiterbewegung mit dem Abschluß einer Veranstaltung von dem, wie es die Deutschen Kampfspiele haben sollten.

Die offizielle Siegerehrung, müssen derartige Methoden zu betragen, Es gilt zu sehen?

Die Arbeiterportierinnen kann es nicht sein, in welchen sie sich der bürgerliche Sport bewegt.

Und wir dürfen schreiben, so nur darum, um all den Aktiven und Angehörigen, die heute noch nicht die Hohlheit des deutschen Sports zu sehen, daß sie nur in diesen Kreisen des deutschen Sports als Statisten gebildet sind.

Es off haben die bürgerlichen Sportler, Handwerker und Arbeiter, wenn man von ihnen, wie in Köln zum Beispiel, 10 bis 20 Markt Einheiten auf die Bahn zu den Deutschen Kampfspiele 6 Mark für den Einsatz in den Tennisplatz, 250 Mark für die Kubergewichte, 1000 Mark für die letzten Größen zum Besten der Welt, damit die bürgerlichen Statisten zum Besten der Welt, Arbeiter und Angehörigen, die ihr heut noch in den Kreisen des deutschen Sports, in die ihr gebürt, die Arbeiter, Turn und Sportler.

Die Kampfspiele, die am 27. Juli in Breslau an der 3. Deutschen Kampfspiele und Sportler!

Für die Tagessparte zum Brest von 50 Mann im Vorverkauf, an der Kasse für 100 Mann. Können ihr auf allen Plätzen (nicht wie bei den Kampfspiele für 1,50 Mark in der äußersten Ecke) die Massenarbeiten der Arbeiterportier, bei denen es allerdings keine Siegerehrung gibt, verfolgen.

Darum noch einmal: Am 26. und 27. Juli, auf in das Breslauer Stadion!

Ein neues Wander- und Ferienheim-Verzeichnis

Gerade zur rechten Zeit, zu Beginn der Ferienzeiten, ist das neue Ferienheim- und Schutzhütten-Verzeichnis des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ herausgekommen. Es bietet wiederum ein gerundetes Bild von dem zielklaren Streben der genannten Organisation bei der Errichtung von Unterkunftsheimen für die Ferientage der Werktätigen.

Sport des Sonntags

Das Übungsspiel der Schleiermannschaft gegen die Städtemannschaft — Breslau endete unentschieden

Eine schwache erste Halbzeit der Kreismannschaft — Breslau führt zur Halbzeit 4:1 — Die Kreismannschaft in der zweiten Halbzeit überlegen

Das Übungsspiel zum Kreisfest hatte reichlich 1500 Zuschauer zu verzeichnen. Bestimmt ist dabei jeder einzelne auf seine Rechnung gekommen. Kampfmomente gab es während des ganzen Spieles zu sehen. Die Breslauer Städtemannschaft führte in der ersten Halbzeit ein sehr gutes Spiel vor, das nur einen Fehler hatte, daß man die Außenverteidigung zu wenig beschäftigte. Technisch waren die Breslauer während des ganzen Spieles wohl etwas besser, das zusammenhängende Spiel der zweiten Halbzeit kostete den Sieg. Die Kreismannschaft konnte in der ersten Halbzeit absolut nicht überzeugen. Ihre Durchbrüche verloren im Torraum die Durchschlagkraft, da sich die Stürmer infolge der Überkombination gegenseitig im Wege standen und auf das Schießen verzichteten. Allgemein rechnete man mit einer hohen Niederlage der Kreismannschaft, da Breslau in der zweiten Halbzeit mit Wind und Sonne im Rücken spielen konnte. Die Umstellung, welche in der Kreismannschaft zur Halbzeit vorgenommen wurde, bewertete sich aber voll und ganz, so daß das unentschiedene Resultat von 4:4 für die Breslauer Städtemannschaft noch sehr schmeichelhaft ist. Reichliches Beschäftigte einen Sieg der Kreismannschaft. Eine unmittelbare nach dem Spiel festgestellte Spartenausübung beschäftigte sich mit einer Umstellung der Schleiermannschaft und beschloß, am 20. Juli ein zweites Übungsspiel in Waldenburg gegen eine Bezirksmannschaft des 4. Bezirks abzuwickeln. Auch über dieses Spiel wird ausführlich berichtet.

Der Spielverlauf. Die Kreismannschaft wählt und Breslau muß gegen Wind und Sonne den Kampf aufnehmen. Der Anstoß der Hiesigen endet schon an der Läuferreihe, die nächsten Minuten bringen ein äußerst vorsichtiges Spiel in Gang. Breslau erzwingt die erste Ecke, die jedoch in feiner Manier gefäkt wird. Der anschließende Durchbruch der Kreismannschaft endet im Aus. Ein wechselläufiges Spiel bringen die nächsten Minuten. Glänzend operiert der Innensturm der Breslauer. Wieder verfehlt der Torwart der Kreismannschaft zu klären, so spät! Halbrechts ist am Ball, 1:0 für Breslau ist das Resultat. Die Kreismannschaft erzwingt nun ein offenes Spiel. Dester kommen sie in gefährliche Nähe des Breslauer Tores. Überkombination und schlechtes Verständnis zwischen dem Innensturm schließt jedoch Erfolge aus. Und dann gelingt's! Der Mittelfürmer der Kreismannschaft spielt gut durch, die Vorlage kommt an ihn zurück und der Breslauer Torwart muß den Ball zur Mitte geben. 1:1 ist der Stand. Durch den Ausgleich wird die Breslauer Städtemannschaft aufgerüttelt. Aber noch will es nicht klappen. In der Zwischenzeit wird die zweite Ecke für die Kreismannschaft abgewehrt. Dann ist plötzlich der Breslauer Innensturm am Kombinierten. Hin und her wandert der Ball. Der Zug aufs Tor ist unwiderstehlich. Im nächsten Moment steht das Spiel 2:1 für Breslau. Die dritte Ecke für die Kreismannschaft ist fällig. Die Abwehr ist zu kurz. Den Nachstoß meistert der Breslauer Torwart glänzend. In der nächsten Minute legt eine Bombe des Breslauer Mittelfürmers über den Kasten. Die Breslauer liegen weiter im Angriff. Unverkennbar haben sie bedeutend mehr vom Spiel. Ein drittes Tor ist fällig, als der Mittelfürmer eine Flanke von rechts aufnimmt und glatt verwandelt. Zwei Minuten später wird durch Elmeter die Führung auf 4:1 erhöht. Bis zur Halbzeit geht es im flotten Tempo weiter, wobei die Kreismannschaft noch die vierte Ecke erzwingt, ohne jedoch an dem Torverhältnis etwas ändern zu können. 4:1 für Breslau steht es zur Halbzeit, 4:2 steht das Endverhältnis für die Kreismannschaft. In der Pause wird eifrig über die weiteren Aussichten der Kreismannschaft diskutiert. Man glaubt an eine doppelte Halbzeit. Und völlig anders kam es! Vom Wiederbeginn an hat die Kreismannschaft das durchschlagkräftigere Tempo, kann aber zuerst nichts erzielen. Der Breslauer Innensturm gefäkt sich in Einzelaktionen, die zur Erfolglosigkeit verurteilt sind. In kurzer Zeit hat Breslau das Endverhältnis auf, ohne Torerfolge erzielen zu können. Langsam aber sicher macht sich die Kreismannschaft frei. Der Drang nach dem Tore ist unverkennbar. Viel Beschäftigt zunächst noch Erfolge. Außerdem ist der Breslauer Torwart sehr schwer zu überwinden. Wieder ist ein Angriff auf das Breslauer Tor im Gange. Die Verteidigung zögert im Angriff, im nächsten Moment steht das Spiel 4:2. Bald darauf verfehlt der Linksaußen der Kreismannschaft eine sichere Sache. Die lebende Ecke für die Schleiermannschaft wird abgewehrt. Den Nachstoß rettet die Latte. Das anschließende Gedränge bringt die achte Ecke für die Kreismannschaft, welche abgewehrt wird. Die nächsten Minuten zeigen das selbe Bild: Schuß auf Schuß aufs Breslauer Tor, die Latte ist immer wieder der Retter in Not. Bis die Mitte der Kreismannschaft eine Vorlage von links aufnimmt und unhalbar zum 4:3 verandelt. Noch einmal flackert der Angriffsgedanke der Breslauer auf. Mit allen Kräften arbeiten die Stürmer. Durch eigenartiges Spiel und gute Abwehr wird alles verdoeben. Nach weiteren zehn Minuten ist es der Halbrechts der Kreismannschaft, der eine Flanke von links durch Kopfball zum Ausgleich verwandelt. Wenige Minuten später ist das an spannenden Momenten überreizte Spiel beendet.

Breslauer Wochenendspiele

Blau-weiß schlägt Sparta. — Wader gegen F.C.B. unentschieden. Silesia-Riders schlägt Bratislavia unentschieden.

Infolge des Spielverbotes, welches ausläßt, das Spieles der Schleier gegen die Städtemannschaft am Sonntag bekannt wurden, am Sonntagabend einige Spiele abgewandt. Beabsichtigt wurde wurden Verträge darüber nicht eingeleitet, so daß nur die erzielten Resultate bekanntgegeben werden können.

Über 400 Häuser sind, nach Wandergebieten überflüssig geordnet, aufgefäkt, jedoch man sofort ersetzen kann, welche Heime am Meeresstrand, in der Höhe ober in einem der zahlreichen Mittelgebirge oder gar in den Hochalpen stehen.

Die 240 reichsdeutschen Naturfreundehäuser unterhalten sich hinsichtlich ihrer Bauweise und Inneneinrichtung in 84 große Ferienheime mit Einzelzimmern, die bei mäßigen Kosten ausgezeichnet bewirtschaftet werden; 88 Häuser können als gute Wanderheime in Frage, während 20 Hütten einfacheren Anspruchs genügen. Der Förderung hochalpiner Unternehmungen in den bairischen Alpen werden 8 Schutzhäuser und 30 Schutthütten in bester Lage gerecht. Alle Heime dienen auch den Zwecken des Deutschen Jugendherbergsverbandes.

Die übrigen Heime der Naturfreunde verteilen sich auf folgende Länder: Oesterreich 83, Schweiz 48, Tschechoslowakei 20, Frankreich 10, Ungarn 2, Polen 1, Holland 1, Norwegen 1 und Vereinigte Staaten von Amerika 6.

Zwei beigegebene Karten von Mitteleuropa mit den eingekreisten Heimen vervollständigen den Wert der kleinen Schrift in jeder Form. Dieselbe ist zu beziehen gegen Einzahlung von 1 Mark in Briefmarken von der Reichsleitung des T.S. „Die Naturfreunde“, Nürnberg, Mebersgasse 1.

Das zweite Übungsspiel der Schleiermannschaft in Waldenburg

Der Kreistechniker zusammen mit dem Kreis-Spartenausschuss nominierte für das zweite Übungsspiel am Sonntag, den 20. Juli, in Waldenburg folgende Mannschaft: Fißler-Berzig, Hoffmann-Breslau, Papshed-Brieg, Koch-Striegnau, Kiesner-Benzig, Wohlfahrt-Waldenburg, Knoblich-Breslau, Werner-Breslau, Chwalcz-Hindenburg, Binner-Breslau und Piesha-Hindenburg. Als Gegner wurde die Bezirks-Mannschaft des 4. Bezirks Waldenburger Bergland bestimmt.

Freie Sportvereingung I — Silesia-Riders 18:4 (2:3). Zum Retourspiel trafen sich obige Mannschaften auf der Lohewiese. Schon in der ersten Minute ging 1897 in Führung, doch durch besseres Stürmerpiel konnte sich Silesia-Riders bis zur Halbzeit in Front bringen. Nach der Halbzeit stellt 1897 um und erzielte durch den Mittelfürmer vier weitere Tore, denen die Silesianer nur eins entgegensetzen konnten. In der Nachspielminute ging der Mittelfürmer von 1897 durch und ein weiterer Erfolg konnte gebucht werden. Schiedsrichter konnte gefahten.

Breslauer Arbeiterathleten in der Provinz. Am gestrigen Sonntag wehte die Freie Sportvereingung 1897 mit einigen Teilnehmern am freisoffenen Wettkreis im Ringen und Gewichtheben des Kraftsportvereins „Einigkeit“ Langenfeld. Breslau und konnte nach harten Kämpfen in den gut besetzten Wettbewerben folgende Siege erzielen:

Schüler-Ringen, Klasse bis 60 Pfund, 1. Felix Janz; Klasse bis 80 Pfund, 1. Rudi Fendrosch; Jugend-Ringen, bis 90 Pfund, 1. Willy Gladisch; bis 100 Pfund, 1. Walter Franz; bis 110 Pfund, 1. Gerhard Hoffmann; bis 120 Pfund, Heinrich Strauch. Männer, Fliegengewicht, 2. Herbert Schmidt. Alterssportler, Heben, Mittelgewicht, 1. Paul Rippe, 220 Pfund.

Freie Sportvereingung 1897 schlägt Hercules-Brieg im Ringen 9:5

Der diesjährige Reichsarbeiter-Sporttag wurde von dem Kartell Brieg am Sonnabend mit einem Werbestand im Weinberg eröffnet, der guten Erfolg hatte. Außer den anderen Sportarten konnte der Arbeiter-Kraftsport durch einen Mannschaftskampf im Ringen für seine Ziele werben. Der junge Mannschaft des Sportklub Hercules Brieg hatte die Freie Sportvereingung 1897 Breslau ihre zweite Vertretung entgegengestellt, welche auch durch ihre Kampfkraft erfolgreich war. Die Kämpfe hatten folgende Ergebnisse:

Im Fliegengewicht kämpft Stimme 1897 gegen Hein. Brieg, ein technisch gutes Treffen, das unentschieden verfiel. Der Santamer Brieger 1897 wurde von Wolf, Brieg, nach 3 Minuten durch Abfangen eines Fäktzuges auf die Schulter gestocht. Jedergewicht Kuch, 1897 und Strauch, Brieg, kämpften erfolgreich. Die Leichtgewichtler Weik, 1897, und Brieg, Hercules, erzielten das selbe Resultat. Im leichten Mittelgewicht siegte Kalka, 1897, in 8 Minuten über Ober, Brieg. Der Halbschwergewichtler Fronzel, 1897, wirft Sperling, Brieg, in der 2. Minute durch Hammerlock. Müller, 1897, siegte im Schwergewicht überjahend in 1,08 Minuten über Mai, Brieg, somit das Resultat auf 9:5 für Breslau stehend.

Leichtathletische Kreismeisterschaften der Arbeiterathleten

Nachdem in den einzelnen Bezirken des schließlichen Athletenkreises die Mannschaftskämpfe in Leichtathletik durchgeführt wurden, werden am Sonntag, den 13. Juli, vormittags, auf dem Linde-Hofmann-Sportplatz in Klein-Neuborn die Kreis-Einzelkämpfe ausgetragen. In der Männer-A-Klasse fünfkampfe: 200-Meter-Lauf, Weitsprung, Diskus, Hochsprung und Speerwerfen, haben der Sportklub „Neben“ Schwanditz, R.S.B. „Einigkeit“ Altmühl, Freie Sportvereingung 1897 sich für die Entscheidung qualifiziert. Mannschaftskämpfe der Mädchen, Frauen und Arbeiterportier umrahmen die Veranstaltung.

Leichtathletik, 14. Kreis, 3. Bezirk

Im Glogauer Stadion wurde am vergangenen Sonntag der „Kamp“ durchgeführt. Die leichtathletischen Wettkämpfe waren dazu für den ganzen Bezirk ausgefallen. Circa 100 Teilnehmer, vornehmlich aus Neulitz und Sagan, beteiligten sich an denselben. Bei dem Fußball-Wettkampf und den Stafetten waren die Glogauer Fußballer überaus stark vertreten. Im Gewichte der guten Beteiligung der Leichtathleten ließ allerdings die Teilnahme derselben zu den allgemeinen Kreisfesten abnehmen zu wünschen übrig. Bester ist auch auf die Teilnehmer zu Einzel Resultate:

200-Meter-Lauf, Männer: Toniado-Spretius 10 Minuten 16,1 Sek. Wettkampf der Frauen: Rosa-Schmidt 16 Minuten 45,2 Sek. Wettkampf der Männer: Fritz-Schmidt 11 Minuten 30,8 Sek. Wettkampf der Frauen: Rosa-Schmidt 16 Minuten 45,2 Sek. Wettkampf der Männer: Fritz-Schmidt 11 Minuten 30,8 Sek. Wettkampf der Frauen: Rosa-Schmidt 16 Minuten 45,2 Sek. Wettkampf der Männer: Fritz-Schmidt 11 Minuten 30,8 Sek. Wettkampf der Frauen: Rosa-Schmidt 16 Minuten 45,2 Sek.

